



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

11. Jahrgang
Nr. 179 Nov./4 2025

**Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen,
kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.**

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungs- mitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====
=====
Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprähsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.



Zero hedge, November 14, 2025

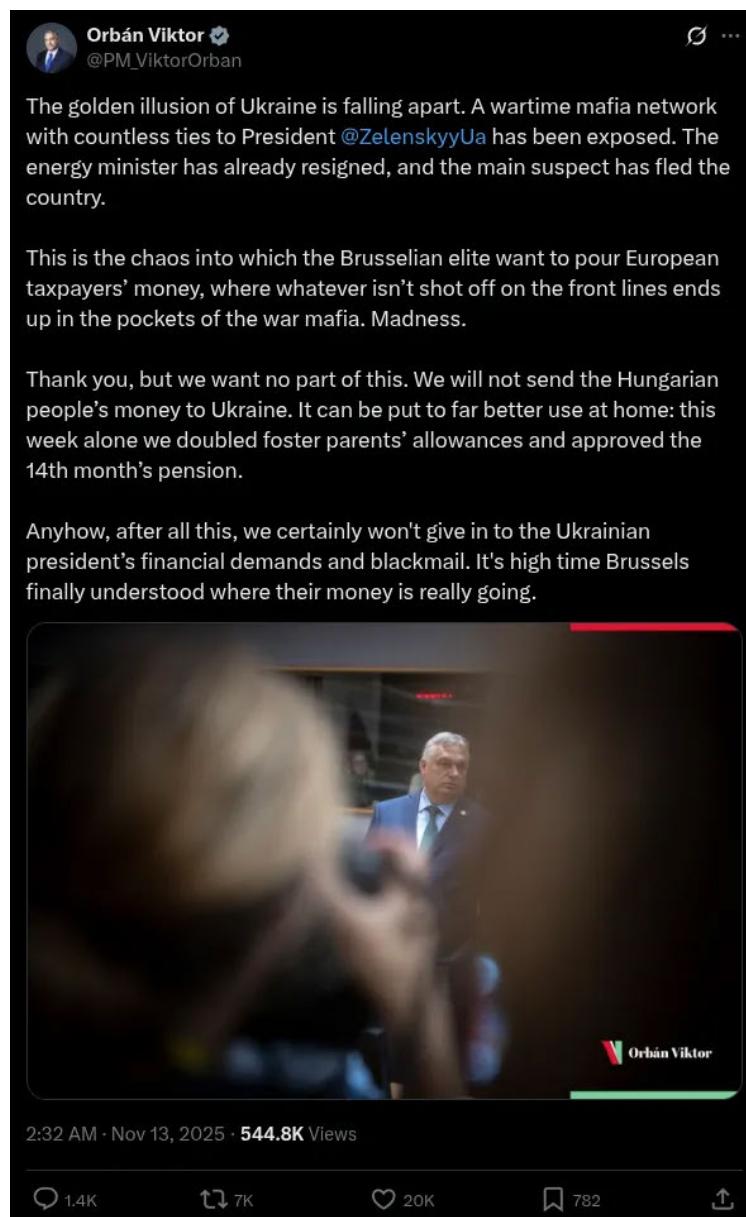
**ENTLARVT:
Die Ukraine wird von einem «Kriegsmafia-Netzwerk» beherrscht**

Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán erlebt gerade einen «Hab-ich-euch-doch-gesagt»-Moment, denn der massive Korruptionsskandal in der Ukraine – der bereits den Rücktritt des Justizministers und mehrerer anderer hochrangiger Beamter ausgelöst hat – ist nun voll ans Licht gekommen. Die Krise hat inzwischen sogar das Präsidialamt erreicht: Mindestens ein enger Geschäftspartner Selenskys, Tymur Mindich, ist bereits aus dem Land geflohen – genau in dem Moment, als der grosse Skandal um Veruntreuung und Schmiergeldzahlungen beim staatlichen Atomkraftunternehmen öffentlich wurde.

Orbán kommentierte auf X mit einer scharfen Generalabrechnung mit Selenskys Regierung und sagte, die Ukraine sei von einem «**Kriegs-Mafia-Netzwerk**» übernommen worden und die «goldene Illusion» eines heldenhaften Underdogs, der sich mutig Russland entgegenstellt, beginne «in sich zusammenzufallen». Der Skandal betrifft ironischerweise den staatlichen Energiesektor – während normale Ukrainer unter Stromabschaltungen und russischen Angriffen auf das Stromnetz leiden.

**«Ein Kriegs-Mafia-Netzwerk mit unzähligen Verbindungen zu
Präsident Wolodymyr Selensky ist enttarnt worden.»**

«Der Energieminister ist bereits zurückgetreten, und der Hauptverdächtige ist aus dem Land geflohen.» Anschliessend attackierte Orbán jene EU-Bürokraten, die Ungarn jahrelang kritisiert hatten, weil das Land sich weigerte, die Ukraine zu finanzieren. Gleichzeitig hatte Westeuropa jahrelang enormen Druck ausgeübt, Ungarn solle seine Energieabhängigkeit von Russland beenden – was Orbán mehrfach als Gefahr für die Wirtschaft bezeichnet hat.



Orbán auf X:

«Das ist das Chaos, in das die Brüsseler Elite das Geld der europäischen Steuerzahler kippen will – dort, wo alles, was nicht an der Front verschossen wird, in den Taschen der Kriegsmafia landet. Wahnsinn.»

Er fuhr fort:

«Danke, aber wir wollen damit nichts zu tun haben. Wir werden das Geld des ungarischen Volkes nicht in die Ukraine schicken. Es kann zu Hause weit besser eingesetzt werden: Diese Woche allein haben wir die Pflegeelternzulagen verdoppelt und die 14. Monatsrente genehmigt.»

Und zum Skandal:

«Nach alldem werden wir ganz sicher nicht auf die finanziellen Forderungen und die Erpressung des ukrainischen Präsidenten eingehen. Es ist höchste Zeit, dass Brüssel endlich versteht, wohin ihr Geld wirklich fliesst.»

Ungarn und Kiew sind in den vergangenen Jahren immer wieder aneinandergeraten – häufig mussten andere europäische Staaten vermitteln. Die EU-Führung hat Orbán zudem konstant dafür kritisiert, die europäische Einheit zu «sabotieren», wenn es um Unterstützung für die Ukraine und Sanktionen gegen Russland ging.

Quelle: Ukraine Ruled By "Wartime Mafia Network" With "Countless Ties" To Zelensky: Viktor Orban

Quelle: <https://uncutnews>



depositphotos.com

Das grosse Abschalten: EU plant System, das Bargeld, Krypto und Privatsphäre in einem Schritt eliminiert (Video)

The Pulse, November 11, 2025

Es ist ein Satz, der alles sagt: **«Europa hat gerade das Ende der finanziellen Freiheit beschlossen – und niemand hat es bemerkt.»**

Die neue Sendung *(The Pulse)* bringt auf den Punkt, was seit Jahren heraufzieht – und was nun, durch EU-Gesetze und Verordnungen, in Stein gemeisselt wurde. Die EU baut nicht nur eine digitale Währung auf, nicht nur ein Identitätssystem, nicht nur eine Anti-Geldwäsche-Verordnung. Sie baut ein **gesamtgesellschaftliches Kontrollmodell**, das Bargeld, autonome Transaktionen und anonyme Kryptowährungen radikal austrocknet.

Bargeldverbot, Krypto-Identifikation, digitaler Euro – 2027 ist das Jahr der Zäsur

Ab Januar 2027 werden in Europa gleich mehrere Regelwerke scharf gestellt, die alle auf dasselbe Ziel hinauslaufen:

- Bargeldzahlungen über 10'000 Euro werden illegal.
- Anonyme Wallets verschwinden.
- Jede Kryptotransaktion über 1000 Euro erfordert staatliche Genehmigung.
- Banken, Händler, Bürger – alle werden in ein verpflichtendes Identifikationsnetz gezogen.
- Der digitale Euro kommt 2029 – mit Milliardenbudget, begrenztem Guthaben pro Person und vollständiger Nachverfolgbarkeit.

Es handelt sich nicht um Entwürfe, nicht um Empfehlungen, nicht um Thinktank-Papiere – es ist **Gesetz**. Ein Beschluss, der direkt 340 Millionen Menschen betrifft.

Direkt zum Video mit deutschen Untertiteln:

DAILY PULSE

← Post **Telegram: @uncut_news**

Shanaka Anslem Perera ⚡️ **@shanaka86** **Subscribe** ⚡️ ...

CASH DIES IN 847 DAYS

Europe just legislated the end of financial freedom and nobody noticed.

January 2027: Every euro above €10,000 becomes illegal tender. Every Bitcoin needs government permission. Every transaction becomes a datapoint in Brussels' surveillance grid.

This is not proposed. This is law.

340 million Europeans will wake up in a cage built from their own bank accounts.

Ab Januar 2027 wird jeder Euro über zehntausend Euro zum illegalen Zahlungsmittel.

ZEEE MEDIA

Der offizielle Vorwand: Geldwäsche.

Die tatsächliche Wirkung: Totalüberwachung.

Die EU argumentiert seit Jahren, grosse Bartransaktionen entzogen sich «ihrer Natur nach der institutionellen Kontrolle». Genau darum geht es: **Kontrolle**. Obwohl Europa bei der Jagd auf reale Kriminelle notorisch versagt, soll jeder, der einen Gebrauchtwagen bar kauft oder Bitcoin anonym überträgt, künftig als potenzieller Straftäter gelten.

Ein Juwelier, der 11'000 Euro annimmt?

Kriminell.

Ein Bürger, der 50 Euro in Bitcoin transferiert?

Identitätsprüfung wie bei einer Kontoeröffnung.

Wer ein Auto in bar kauft?

Regulatorischer Verstoss.

Während echte Cyberkriminalität wächst, konzentriert sich Brüssel auf die totale Erfassung der eigenen Bevölkerung.

Krypto wird entkernt – und zwar absichtlich

Das vermeintliche Freiheitsversprechen der Kryptowelt – Autonomie, Dezentralität, Unabhängigkeit vom Staat – wird durch die MiCA-Regulierung praktisch beseitigt:

- Anonyme Wallets verboten
- Exchanges verpflichtet zur Identitätsprüfung
- Jede Transaktion über regulierte Kanäle dokumentiert
- Unverwahrte Wallets nur noch mit ID-Pflicht anwendbar

Krypto wird zu einem **digitalen Wertpapier**, das nur noch mit staatlicher Erlaubnis existiert. Das Gegenteil dessen, wofür Bitcoin erfunden wurde.

Der digitale Euro – eine «Alternative zu Bargeld», die wie ein Kontrollinstrument wirkt

Die EZB behauptet, der digitale Euro sei «wie Bargeld», nur modern. Doch geleakte Dokumente sprechen eine andere Sprache:

- Guthabenlimit von nur 3000 Euro
- Transaktionsanalyse durch technische Schnittstellen
- Überwachung bei Beträgen über Schwellenwerten
- Abhängigkeit von staatlich genehmigten Wallet-Anbietern

Wenn der gesamte Zahlungsverkehr digital ist **und** jede Transaktion registriert wird, wird Privatsphäre zur Fiktion.

Ein globales Projekt – Europa spielt Pilotlabor

«The Pulse» weist darauf hin: Diese Entwicklung ist kein europäischer Sonderweg. Es geht um ein **weltweites ID-System**, kompatibel zwischen Staaten, getrieben von Regierungen, Big Tech und supranationalen Institutionen.

Europa ist nur der Anfang – das «Testgelände».

Vietnam, Thailand, Kanada und Australien haben bereits Varianten eingeführt. In Vietnam wurden Millionen Konten gesperrt, weil Bürger sich weigerten, biometrische Daten abzugeben – und innerhalb weniger Tage gaben die meisten nach.

Genau diese Dynamik ist die Blaupause:

Widerstand wird gebrochen, indem man Zugang zu Geld blockiert.

COVID als Katalysator – Gehorsam als Regierungsstrategie

Eine Aussage aus «The Pulse» trifft besonders hart: «COVID war das Sprungbrett.»

Regierungen sahen, wie bereitwillig Millionen Menschen Vorschriften akzeptierten. Nun folgt Phase zwei: **finanzielle Kontrolle statt medizinischer.**

Was jetzt droht

Die EU schafft – fast unbemerkt – ein System, das:

- Bargeld abschafft
- Private Transaktionen kriminalisiert
- Krypto vollständig staatlich reguliert
- Digitale Währungen dominieren lässt
- Finanzielle Privatsphäre eliminiert
- IDs, Wallets, Konten und Zahlungen in ein übergreifendes Kontrollnetz einbettet

Das Ergebnis ist ein finanzieller Käfig. Nicht aus Stacheldraht, sondern aus **Regulierung, Datenbanken, Algorithmen und digitaler Identität.**

Was jetzt notwendig ist

Der Beitrag endet mit einem klaren Appell:

- lokale Tauschsysteme
- dezentrale Strukturen
- physisches Gold und Silber
- Bewusstsein für das, was gerade passiert
- unmittelbarer Widerstand gegen die Gesetze, bevor sie Realität werden

Denn eines ist klar:

Wenn Europa 2027 fällt, folgen die anderen Staaten.

Quelle: <https://uncutnews.ch/das-grosse-abschalten-eu-plannt-system-das-bargeld-krypto-und-privatsphaere-in-einem-schritt-eliminiert-video/>

INFOsperber
sieht, was andere übersehen.

13.11.2025



Jeremy Ben-Ami, Präsident der jüdischen Lobby-Gruppe J Street:
Für eine Zweistaatenlösung und für gleiche Rechte für Palästinenser in Israel. © J Street

USA: Mächtige jüdische Lobbygruppe rüttelt am Zionismus

Liberale Zionisten und Antizionisten müssten keine Gegner sein. Die Wahl Mamdanis habe eine «Brandmauer» eingeschlagen.

upg. Dieser Gastbeitrag stammt vom liberal-orthodoxen Juden Peter Beinart auf «Jewish Currents». Er ist Professor für Journalismus und Politikwissenschaften an der City-University of New York.
Übersetzung und Zwischentitel von Infosperber. Peter Beinart

Nach dem überwältigenden Wahlsieg des Muslims Zohran Mamdani in New York erklärte Jeremy Ben-Ami, Präsident der jüdischen Lobby-Organisation J Street: «Politische Persönlichkeiten wie Mamdani könnten eine wichtige Rolle spielen, wenn wir unser Ziel erreichen wollen», nämlich «Sicherheit der Juden» in Israel und gleichzeitig «palästinensische Unabhängigkeit».

Er wolle nicht mehr darüber argumentieren, sagte er bereits im August, ob der Krieg in Gaza ein Völkermord sei: «Ich wurde durch rationale juristische und wissenschaftliche Argumente überzeugt, dass internationale Gerichte eines Tages feststellen werden, Israel habe die internationale Völkermordkonvention gebrochen.» Liberale Zionisten und Antizionisten müssten nicht zwangsläufig politische Gegner sein. Aufgrund ihres gemeinsamen Bekenntnisses zu «demokratischen Prinzipien» müssten sie zusammenarbeiten, «um die Bedrohung von rechts zu bekämpfen».

Liberal-zionistische Kreise haben Mamdanis Kampagne unterstützt

Das überraschendste war nicht die Wahl Mamdanis als solche, sondern dass liberal-zionistische Kreise ihn nicht bekämpften, sondern unterstützten.

Noch Wochen vor dem Wahltag unterzeichneten Ende Oktober über 1100 Rabbiner aus dem ganzen Land einen Brief, in dem sie den «aufkommenden Antizionismus und seine politische Normalisierung in unserer Nation» verurteilten. Zu den Unterzeichnern gehörten nicht nur Konservative und Zentrumsvertreter, sondern auch liberale Zionisten, darunter 65 Rabbiner und Kantoren, die mit der liberal-zionistischen Lobbygruppe J Street verbunden sind. Angela Buchdahl, wohl die bekannteste Reformrabbinerin New Yorks, warf Mamdani vor, «ein althergebrachtes antisemitisches Klischee zu fördern, wonach Juden weltweit die Wurzel unserer Probleme seien».

Das war vorhersehbar: Liberale Zionisten haben sich seit Langem gegen die «politische Normalisierung» des Antizionismus ausgesprochen und meist Kandidaten bekämpft, die den jüdischen Staat herausforderten. Doch schon vor der demokratischen Vorwahl erhielt Mamdani die Unterstützung seines Konkurrenten Brad Lander. Er ist der höchstrangige jüdische Amtsträger der Stadt.

Nach der Vorwahl gewann Mamdani die Unterstützung des Abgeordneten Jerrold Nadler, des dienstältesten jüdischen Mitglieds des US-Kongresses, sowie des Abgeordneten Micah Lasher. In den letzten Wochen des Wahlkampfes schlossen sich weitere prominente liberalen Zionisten an. Es waren Personen, welche die Existenz des jüdischen Staates selbstverständlich verteidigen, Israels Besetzung des Westjordanlandes jedoch ablehnen.

Victor Kovner, einer der Gründer von J Street, Rabbiner emerita Sharon Kleinbaum und Staatssenatorin Liz Krueger unterstützten alle Mamdanis Kampagne. Alle erklärten, sie stimmten mit Mamdani in der Israel-Frage nicht überein, würden ihn jedoch trotzdem unterstützen. «Ich unterscheide mich von einigen von Mamdanis Ansichten über die Zukunft von Israelis und Palästinensern», schrieb beispielsweise Kovner in «The Forward», «einschliesslich seiner fehlenden klaren Unterstützung einer Zwei-Staaten-Lösung». Aber man müsse nicht in allen Ansichten über den Nahen Osten übereinstimmen, um ihn für den «besten Kandidaten für das Bürgermeisteramt» zu halten.

Zeichen eines historischen Wandels

Das ist ein neues politisches Phänomen. Seit 1967 haben die organisierten jüdischen Gemeinschaften in den USA und praktisch alle US-Politiker die rechtliche jüdische Vorherrschaft im israelischen Staat als nicht verhandelbar betrachtet. Antizionismus galt als Tabu.

Mamdanis Sieg deutet darauf hin, dass wir einem historischen Wandel beiwohnen. Der zunehmend rechtsgerichtete Charakter sowohl der israelischen Regierung als auch des pro-israelischen Establishments in den USA führt dazu, dass einige Zionisten aufhören, den Zionismus als politischen Lackmustest zu verwenden.

Indem Mamdani Antizionisten und liberale Zionisten vereint, hat er eine Koalition geschaffen, die es Amerikanern – trotz unterschiedlicher Visionen für Israel und Palästina – erlaubt, das gemeinsame Ziel zu verfolgen, die bedingungslose US-Unterstützung für Israel zu beenden.

Diese Koalition könnte in den kommenden Jahren die Demokratische Partei und die amerikanische Politik insgesamt verändern.

In den letzten Jahrzehnten galt die Brandmauer. Antizionisten hatten keine Chancen, in politische Ämter gewählt zu werden. Als die damalige Kongressabgeordnete Rashida Tlaib im Jahr 2018 andeutete, sie könnte sich einen einzigen demokratischen Staat in Israel-Palästina vorstellen, verlor sie die Unterstützung von J Street.

Die Lobbygruppe, die verlangt, dass Kandidaten «sich verpflichten, die US-Sicherheitsunterstützung für Israel gemäss dem unter Präsident Obama ausgehandelten zehnjährigen Memorandum of Understanding zu unterstützen», unterstützte nicht einmal gemässigtere Progressive wie Alexandria Ocasio-Cortez, Ilhan Omar oder Cori Bush.

«The Forward» stellte fest, dass «J Street» 2022 insgesamt 48 Kandidaten unterstützte, die auch AIPAC empfahl. Diese proisraelische Lobby unterstützt Israels Regierung bedingungslos. «J Street» unterstützte nur einen einzigen Kandidaten, der auch von der antizionistischen Gruppe Jewish Voice for Peace (JVP) befürwortet wurde.

Nicht nur «J Street» verweigerte Bündnisse mit Antizionisten: Letztes Jahr lehnte die Kampagne von Kamala Harris es ab, einem palästinensisch-amerikanischen Delegierten eine Rede auf dem Parteitag der Demokraten zu erlauben. Im Sommer 2025 entzog die Demokratisch-Landwirtschaftliche Arbeitspartei Minnesota dem Bürgermeisterkandidaten Omar Fateh ihre Unterstützung. Von der JVP wurde er unterstützt, obwohl er den Boykott Israels befürwortete.

Keine Hierarchie auf Basis von Rasse oder Religion

Mamdanis Erfolg zeigt, dass diese Brandmauer zu bröckeln beginnt. Mamdani präsentierte seine Positionen zu Israel-Palästina – radikal im US-Kontext – in liberal universalistischer Sprache. Er begründete seine Ablehnung der jüdischen Staatlichkeit mit der Gleichheit vor dem Gesetz. In einer Debatte im Oktober sagte er, er «würde das Existenzrecht eines Staates, der ein System der Hierarchie auf Basis von Rasse oder Religion verfolgt, nicht anerkennen». Als Amerikaner glaubte er an die Bedeutung von Gleichberechtigung für alle in jedem einzelnen Land. Er sehe Israel nicht als eine Ausnahme. Er lehne nicht nur die jüdische Vorherrschaft in Israel, sondern auch die hinduistische in Indien und die islamische in Pakistan und Saudi-Arabien ab.

Diese Argumente sprechen einige liberale Zionisten an, die sich immer mehr vom Handeln des jüdischen Staates entfremden. Auf ihrer Website erklärt die «New York Jewish Agenda»: «Wir sind stolz darauf, uns als liberale Zionisten zu bezeichnen.» Doch in einem Guardian-Bericht räumte ihre Exekutivdirektorin Phylisa Wisdom ein, dass sich viele Mitglieder im Umbruch befänden: «Viele Menschen konnten sich nie vorstellen, für einen antizionistischen Bürgermeister zu stimmen.» Viele liberale Zionisten seien mit Mamdani der Ansicht, dass «Benjamin Netanyahu ins Gefängnis sollte».

Auch die Positionen von «J Street» haben sich verändert. Noch im Januar 2024 zog «J Street» die Unterstützung für den New Yorker Abgeordneten Jamaal Bowman zurück, teils weil dieser Israel des Völkermords beschuldigt hatte.

Unterdessen hat «J Street», wie eingangs erwähnt, ihre Haltung geändert.

Einige liberale Zionisten nähern sich Mamdani nicht nur an, weil sie sich von Israel entfremden, sondern auch, weil sie sich von vielen der Verteidiger Israels entfremden. Brad Lander ist vermutlich der prominenteste jüdische liberale Zionist, der in New York ein Amt bekleidet. Er warf Israel «Kriegsverbrechen», «ethnische Säuberung» und «erzwungene Hungersnot» in Gaza vor.

Wahlverlierer Andrew Cuomo hatte aktiv die Nähe zum israelischen Establishment gesucht und trat dem juristischen Team Netanjahus am Internationalen Strafgerichtshof bei. Zudem machte Cuomo mit offener antimuslimischer Hetze Schlagzeilen. Er nannte Mamdani einen «Terroristen-Sympathisanten» und lachte, als ein Moderator meinte, Mamdani hätte 9/11 sicher bejubelt. Das führte zu scharfen Reaktionen von «J Street» und Jerry Nadler.

Je nach Definition von Zionismus

2022 fragte die kanadische Politikwissenschaftlerin Mira Sucharov amerikanische Juden, ob sie Zionismus je nach vorgegebener Definition unterstützten. Wurde Zionismus als «Glauben an einen jüdischen und demokratischen Staat» definiert, stimmten 72 Prozent zu. Definierte man ihn als «Glauben an die Bevorzugung jüdischer Rechte über nicht-jüdische in Israel», waren es nur noch 13 Prozent.

Durch seine Nähe zu Netanjahu und Islamophobie hat Cuomo den Zionismus so definiert, dass viele liberale Zionisten sich unwohl fühlen.

Derzeit sind sowohl Antizionisten als auch liberale Zionisten weit von ihren Zielen entfernt. Weder ein dekolonialisierter Einheitsstaat zwischen Mittelmeer und Jordan noch eine Teilung in jüdischen und palästinensischen Staat ist kurzfristig realistisch.

Doch gerade weil die Endziele in weiter Distanz liegen, könnte man sich über kurzfristige Ziele einig werden. Dazu gehört etwa, Israel weniger Militärhilfe zu gewähren, oder der Widerstand gegen Trumps Autoritarismus im eigenen Land.

Mamdanis Sieg könnte eine linksliberale Koalition ankündigen, analog den progressiven Bündnissen der US-Geschichte: Zwischen 1935 und 1939 unterstützte die Kommunistische Partei Amerikas den New Deal. 1967 schloss sich die New-Left-Gruppe Students for a Democratic Society den Protesten des National Mobilization Committee to End the War in Vietnam an. Dieser Zusammenschluss umfasste auch moderate Kriegsgegner. In diesen Fällen hatte die Linke die Liberalen unterstützt.

Weil Antizionismus unter US-Politikern ausgesprochen selten ist, werden Linke künftig vielleicht ebenso taktisch wie früher über Bündnisse entscheiden, während sich die Demokratische Partei dem Kampf für palästinensische Rechte anschliesst.

Angesichts der generationellen und ideologischen Trends, die Mamdanis Kampagne aufgezeigt hat, könnte sich die nationale Machtbalance langfristig nach links verschieben und liberale Zionisten könnten selbst in die unterstützende Rolle gelangen. Sollte diese Koalition zu einer echten Alternative werden – sowohl gegenüber weisser christlicher Dominanz in den USA als auch gegenüber der bedingungslosen Unterstützung jüdischer Vorherrschaft in Israel – könnte sich die Bürgermeisterwahl von New York 2025 eines Tages als ein Wendepunkt entpuppen.



Der verborgene Weltkrieg

Chris MacIntosh, November 13, 2025

Der Dritte Weltkrieg läuft bereits, aber die meisten Menschen erkennen ihn nicht, weil sie darauf konditioniert sind zu erwarten, dass Krieg wie traditioneller physischer Gewaltkrieg aussieht – mit Bomben, Waffen und Schlachten auf dem Schlachtfeld. Diese Voreingenommenheit röhrt daher, dass sich über Jahrhunderte Krieg auf eine bestimmte Weise manifestierte – ähnlich wie Menschen sich früher Licht ohne Feuer nicht vorstellen konnten, bis die Elektrizität erfunden wurde.

Krieg neu definiert

Im Kern ist Krieg ein Konflikt, bei dem Parteien Werkzeuge einsetzen, um ihre Macht zu erhöhen und Ergebnisse zu erzielen, die den Interessen anderer entgegenstehen.

Denke strategisch über moderne Kriegsführung nach: Was wären heute die effektivsten Waffen und Taktiken? Die Antwort ist, dass physische Gewalt – obwohl sie weiterhin als Werkzeug zur Verfügung steht – nicht mehr der klügste oder effektivste Ansatz ist.

Arsenal der modernen Kriegsführung

Der heutige Krieg bedient sich hoch entwickelter, oft unsichtbarer Waffen. Hier ist eine Liste zum Nachdenken. Denke an Erlebnisse, die du hattest, und überlege, wo diese bereits gegen dich eingesetzt wurden.

- **Informationskrieg:** Cyberangriffe, Desinformationskampagnen, Menschen mit widersprüchlichen Informationen überschwemmen, um Verwirrung und kognitive Dissonanz zu erzeugen.
- **Wirtschaftliche Waffen:** Sanktionen, Manipulation von Kryptowährungen, Bevölkerungen von kontrollierten Ressourcen abhängig machen.
- **Politische Subversion:** Wahleinmischung, Untergrabung staatlicher Legitimität, Bestechung von Beamten und Influencern.
- **Psychologische Operationen:** Krisen erzeugen und sich dann als Retter positionieren, Ausnutzen von sozialen Medienplattformen zur Kontrolle des öffentlichen Diskurses.
- **Biologische und Ressourcenkriegsführung:** Hungersnöte, Entbehrung, getarnt als natürliche Ereignisse.
- **Soziale Manipulation:** Ideologische Spaltungen schüren, Nationalismus anheizen, Männlichkeit angreifen, um Widerstand zu verhindern.

Warum ein stiller Krieg?

Moderne Kriegsführung operiert verdeckt, weil der Ruf des Krieges *ruiniert* ist. Die Menschen sehen ihn nicht mehr als edel oder notwendig an. Die öffentliche Unterstützung ist weitgehend verschwunden, vor allem, weil Politiker heute grösstenteils als verlogene Halunken betrachtet werden.

Daher ist es strategisch klüger geworden, Bevölkerungen zu gaslighten, zu leugnen, dass Krieg stattfindet, und ein Bild zu zeichnen, dass *alles in Ordnung ist*. Darüber hinaus benötigen Führungen keine Massen von Männern mehr für physische Kämpfe – es gibt also keinen Vorteil mehr, den Krieg offen zu erklären.

Aktuelle Kriegssymptome

Menschen erleben klassische Kriegszeit-Symptome, ohne die Ursache zu verstehen:

- Verlust von Hoffnung und Unfähigkeit, für die Zukunft zu planen
- Verbreitete Angst, Gefühllosigkeit und ein Gefühl der Unwirklichkeit
- Zunehmender Nationalismus und ‹wir gegen sie›-Denken
- Angst vor Regierung und Autoritätspersonen
- Finanzielle Belastung durch Inflation
- Junge Menschen vermeiden es, Familien zu gründen
- Störungen der Lieferketten und Hamsterverhalten
- Gefühl, dass Gefahr überall lauert
- Nachrichtenkonsum einschränken aufgrund überwältigender Negativität
- Zunehmende Proteste und militarisierte Polizei
- Menschen fliehen aus ihren Ländern oder denken darüber nach
- Angst, seine Meinung zu äussern oder Rechte zu verlieren
- Schnelle, ‹vorübergehende› Gesetzesänderungen, die mit öffentlicher Sicherheit begründet werden
- Tägliche Propaganda und radikale Inhalte
- Grundbedürfnisse (Lebensmittel, Energie, Geld) als Waffen
- Angst, dass die eigene Identität einen zum ‹Staatsfeind› machen könnte

Ein miteinander verbundenes globales Gefecht

Was wie isolierte regionale Konflikte aussieht, sind in Wirklichkeit miteinander verbundene Stellvertreterkriege innerhalb eines grösseren globalen Kampfes. Dies verwischt die Grenzen zwischen lokalem und globalem Konflikt – ein Kennzeichen von Weltkriegen. Nationen und Allianzen werden in umfassendere Kämpfe um Dominanz und Überleben hineingezogen.

Menschen müssen sich durch ständig wechselnde geopolitische Beziehungen navigieren, ohne zu wissen, welche Länder oder Führer Verbündete oder Feinde sind. Das erzeugt Erschöpfung, Überforderung und das Gefühl, dass nichts sicher oder vertrauenswürdig ist.

Individuelle Erfahrungen variieren

Kriegserfahrungen unterscheiden sich drastisch je nach Standort, Identität und Umständen. Dies war auch in früheren Weltkriegen der Fall. Genau das erleben wir jetzt.

Realitätscheck

Die zentrale Erkenntnis ist, dass Menschen echte Kriegszeit-Symptome und Stress erleben – aber weil kein formeller Krieg erklärt wurde und er nicht wie traditioneller Krieg aussieht, verstehen sie nicht, warum sie sich so fühlen. Das führt zu Selbstbeschuldigung und dem Gefühl, dass mit ihnen persönlich etwas nicht stimmt.

Fazit

Das Erkennen dieses ‹stillen Krieges› ist entscheidend, um die aktuelle globale Verwirrung und persönliche Belastung zu verstehen. Moderne Kriegsführung ist raffinierter und potenziell missbräuchlicher als traditionelle physische Gewalt. Die Verwirrung und Entscheidungsparalyse, die Menschen empfinden, sind normale Reaktionen auf eine unnormale Situation – einen Weltkrieg, der mit psychologischen, wirtschaftlichen und informationellen Waffen geführt wird statt mit konventionellen Militärmitteln.

Erkenne, dass deine Gefühle und Erfahrungen in diesem Kontext vollkommen Sinn ergeben, und dass es wichtig ist, die Selbstbeschuldigung abzulegen, die daraus entsteht, nicht zu verstehen, warum die Welt so chaotisch und bedrohlich wirkt.

Physische Gewalt kann immer noch auftreten, aber nur als ein Werkzeug unter vielen in dieser neuen Form der Kriegsführung, die psychologische Manipulation und systemische Kontrolle über traditionelle Schlachtaktiken stellt.

Quelle: The Hidden World War

Quelle: <https://uncutnews.ch/der-verborgene-weltkrieg/>

Gedankenimpulse

Ruhe ... Frieden ... Liebe ... Licht ... Freude ...

Harmonie ... Wissen ... Weisheit ... in dir

... im Innersten ... Schaffe ... Kreiere ...

Erfülle dein Leben mit allzeit beständigem Wissen

... gespeichert im schöpfungsenergetischen Bewusstsein

... der ewig beständigen, feinststofflichen, raum- und zeitlosen,

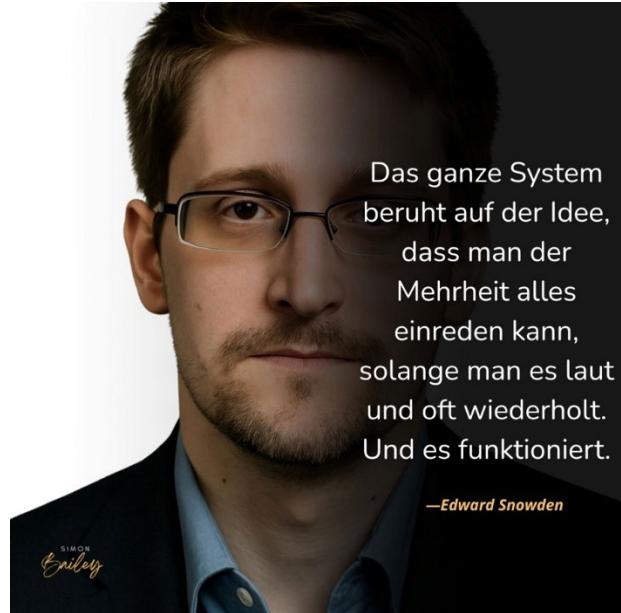
unsterblichen, immateriellen Energie

... reinste schöpferische Hochfrequenzenergie

... schwingend im Rhythmus der Schöpfung
... eins mit allem ... in Unendlichkeit ... Allgrosszeit
... unvorstellbar mächtig, lichtvoll, glücklich, in sich voller Liebe
... das ist dein wahres innerstes Wesen
... nähre es durch dein bewusstes Lernen, Streben,
Vorwärtsdrängen, Sehnsucht nach Evolution
... unstillbarer Drang nach höherem Sein ... und dereinst
... reinstes SEIN ... Körperlosigkeit ... SEIN
... Schöpfung ... Licht ohne Ende ... reinste Liebe.

Achim Wolf, 9. November 2025

Die Konsequenzen, wenn die Menschen des Volkes nicht wirklich selbst alles bedenken, indem sie alle Fakten, Geschehnisse und Vorkommnisse neutral-objektiv wahrnehmen, analysieren und logische Schlussfolgerungen daraus ziehen, die vernünftig und zum Wohle des Einzelnen und aller Menschen führen. Ge-schieht das aber nicht, dann nennt man es Dummheit und es hat oft böse Folgen.



Quelle: Facebook

Achim Wolf, Deutschland



«Wahnsinn»: Selensky in 100-Millionen-Dollar-Korruptionsskandal verwickelt – dennoch will EU der Ukraine 135 Milliarden geben

Sogar ein Medium wie «Stern.de» fragt angesichts des Korruptionsskandals: «Kann man Selensky noch trauen?» Viktor Orbán spricht gar von einer «Kriegsmafia in der Ukraine», finanziert von Europas Steuerzahldern. Die EU jedoch lässt den Geldhahn weiter aufgedreht.

19. November 2025 von TE

Als wäre nichts gewesen, will Spanien die Ukraine im Krieg gegen Russland mit neuen Hilfen im Gesamtwert von 817 Millionen Euro unterstützen. Das sicherte jetzt der spanische Ministerpräsident Pedro Sánchez bei einem Treffen mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selensky in Madrid zu, wie etwa Stern.de gestern Abend vermeldete.

Spaniens Premier Pedro Sánchez bekräftigte gestern die «vollständige und entschiedene» Unterstützung seines Landes für Wolodymyr Selenskys Ukraine; Quelle: president.gov.ua

Am 13. November hatte die EU bereits 5,9 Milliarden € ausgezahlt. Und damit nicht genug: Die skandinavischen und baltischen Staaten (die «Nordic-Baltic 8», also Dänemark, Estland, Finnland, Island, Lettland, Litauen, Norwegen, Schweden) haben zuletzt mehrere Hilfspakete für die Ukraine angekündigt und bereits ein gemeinsames Paket in Höhe von 500 Millionen Dollar zugesagt für Militärausrüstung und Munition.

Das sind allerdings regelrecht Peanuts im Vergleich zu dem, was EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen am Montag forderte. So drängt sie auf eine rasche Einigung über die Finanzierung des enormen Haushaltslochs der Ukraine in Höhe von 135 Milliarden Euro bis 2027.

Doch da war beziehungsweise ist doch was! So ist die ukrainische Regierung von einem Geldwäsche- und Korruptionsskandal in Höhe von 100 Millionen US-Dollar erschüttert worden, just als die EU über weitere Milliardenhilfen für Kiew nachdachte. Das bewog Stern.de gestern Nachmittag zu fragen:

«Kann man Selensky noch trauen? In einer der heikelsten Phasen des Krieges erschüttert ein Korruptions-skandal die Ukraine. Präsident Selensky muss sein Volk und seine Partner beschwichtigen. Ist es zu spät?» Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán wirft Brüssel sogar offen vor, eine «Kriegsmafia» in der Ukraine zu finanzieren. «Hungary Today» zitierte ihn gestern mit folgenden Worten:

«Es ist schockierend, dass, während eine Kriegsmafia in der Ukraine das Geld der europäischen Steuerzahler in die eigene Tasche steckt, Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission, vorschlägt, dass wir noch mehr Geld schicken, anstatt eine Prüfung anzuordnen oder möglicherweise weitere Zahlungen auszusetzen.»

Auch «The Exposé» brachte gestern einen Artikel zum Thema und nimmt darin Bezug auf einen Beitrag von «The Spectator» mit der Headline «Der Skandal, der Wolodymyr Selensky zu Fall bringen könnte». Grund: Einige seiner engsten Verbündeten seien unter den Beschuldigten. «The Exposé» zu den zentralen Korruptionsvorwürfen:

«Das Nationale Antikorruptionsbüro der Ukraine (NABU) vermutet ein Schmiergeldnetzwerk im Zusammenhang mit Verträgen, die eigentlich dazu dienen sollen, die Energieinfrastruktur des Landes zu stärken – in Wirklichkeit aber möglicherweise Geld in die Schattenwirtschaft fliessen lassen. Reuters berichtet, dass sieben Personen angeklagt wurden, von denen fünf bereits in Haft sind.

Unter den von den Ermittlern genannten Personen befinden sich ein ehemaliger stellvertretender Ministerpräsident, Ministerialberater, der Sicherheitschef von Energoatom und Timur Mindich, ein enger Vertrauter von Selensky. Mindich ist ein prominenter Geschäftsmann und ehemaliger Miteigentümer von Selenskys Fernsehgesellschaft «Kvartal 95». Das NABU behauptet, dass Zahlungen von Auftragnehmern an Insider flossen, die die Verträge aushandelten.»

«The Exposé» geht auch näher auf Timur Mindich ein und zitiert dazu aus dem Spectator-Beitrag. Demnach ist der 46-Jährige «am bekanntesten als langjähriger Miteigentümer von Wolodymyr Selenskys «Kvartal 95». «Kvartal 95» ist der Name eines ukrainischen Produktionsunternehmens, das 2003 von Wolodymyr Selensky mitgegründet wurde und eng mit seiner Karriere als Komiker und Schauspieler verbunden ist. Das Studio ist bekannt für die Produktion von Filmen und Fernsehsendungen wie der politischen Comedy-Serie «Diener des Volkes», in der Selensky die Hauptrolle spielte: Einen Lehrer, der ausgerechnet zum Präsidenten gewählt wird und gegen Korruption vorgeht.

Durch die Verbindung Mindichs mit Selensky würde ein Korruptionsfall in eine politische Krise für den Präsidenten verwandelt. Laut «The Spectator» «gehören eine Toilette aus massivem Gold und Schränke voller Säcke mit 200-Euro-Scheinen zu den Schätzen, die mit dem prominenten ukrainischen Geschäftsmann Timur Mindich in Verbindung gebracht werden». Mindich sei «gross im Immobilien-, Düngemittel-, Bank- und Diamantenhandel» tätig, und die 15-monatigen Ermittlungen des NABU dürften «weitreichende Konsequenzen» für Selenskys politische Zukunft haben.

Mindich sei derweil zusammen mit mehreren anderen Hauptverdächtigen nur wenige Stunden vor den Razzien aus der Ukraine geflohen. So soll er die Grenze nach Polen in der Nacht zum 10. November 2025 mit einem Luxus-Taxi (Mercedes-Benz S 350) um 2:09 Uhr überquert haben, nur Stunden vor den Razzien des NABU.

Mehrere Quellen deuten jedoch darauf hin, dass Polen lediglich ein Transitpunkt war und Mindich sich mittlerweile in Israel aufhält – wo er bereits im September seinen Geburtstag gefeiert habe.

Aktuelle Meldungen bestätigen, dass er dort «versteckt» ist und dass die Ukraine ihm die ukrainische Staatsbürgerschaft entzogen hat, was eine Auslieferung erschweren könnte. Denn Israel weigert sich typischerweise, eigene Staatsbürger auszuliefern, was Mindichs Schutz dort verstärkt, denn er ist jüdischer Herkunft und besitzt die israelische Staatsbürgerschaft.

Orbán legte hier den Finger in die Wunde und trug vor, dass die aufkommenden Korruptionsberichte ein «Kriegsmafia-Netzwerk mit unzähligen Verbindungen zu Präsident Wolodymyr Selensky aufgedeckt» hätten, wie etwa «Newsweek» berichtete. «Es ist höchste Zeit, dass Brüssel endlich versteht, wohin ihr Geld wirklich fliesst», so der 62-Jährige. Und weiter:

«Die goldene Illusion der Ukraine zerbricht. Ein Netzwerk der Kriegsmafia mit unzähligen Verbindungen zu Präsident Selensky wurde entlarvt. Der Energieminister ist bereits zurückgetreten, und der Hauptverdächtige ist aus dem Land geflohen.

In dieses Chaos will die Brüsseler Elite das Geld der europäischen Steuerzahler pumpen, wo alles, was nicht an der Front verschossen wird, in den Taschen der Kriegsmafia landet. Wahnsinn.»

Quelle: Stern.de: Spanien sagt Ukraine neue Hilfen von über 800 Millionen zu - 18. November 2025

The Exposé: Zelensky in \$100 Million Corruption Scandal That “Could Bring Him Down”: Is Ukraine Laundering EU Support Money? - 18. November 2025

Quelle: <https://transition-news.org/wahnsinn-selenskyj-in-100-millionen-dollar-korruptionsskandal-verwickelt>

INFOSperber

sieht, was andere übersehen.

18.11.2025



US-Flugzeugträger «Gerald R. Ford», der aktuell vor der Küste Venezuelas aufkreuzt. © Wikipedia

US-Präsident Trumps erbitterte Fehde mit seinen Geheimdiensten

Die Direktorin der Nationalen Nachrichtendienste verkündet eine radikale Kursänderung in der Außenpolitik. Widerstand garantiert.

Helmut Scheben

Am 31. Oktober erklärte Tulsi Gabbard, Direktorin der Nationalen Nachrichtendienste der USA, es sei nun Schluss mit einer Außenpolitik, die Jahrzehnte lang darin bestanden habe, «Regime zu stürzen, anderen unser Regierungssystem aufzuzwingen und in Konflikten zu intervenieren, die wir kaum verstanden, und die uns am Ende mehr Feinde als Verbündete einbrachten.» Das Ergebnis, so Gabbard sei nichts anderes als «Billionen-Ausgaben, der Verlust unzähliger Menschenleben und in vielen Fällen die Entstehung größerer Sicherheitsbedrohungen, zum Beispiel der Aufstieg islamistischer Terror-Organisationen wie der Islamische Staat.»

Das ist eine Betrachtung der US-Politik, wie sie selbst von Gabbards Chef im Weissen Haus in dieser schohnungslosen Formulierung bisher nicht zu hören war. Viele Historikerinnen und Historiker weltweit würden Gabbards Formulierung vorbehaltlos unterschreiben. Laut offiziellen Daten des «Congressional Research Service» (vergleichbar dem Wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages) haben die Vereinigten Staaten allein in den Jahren zwischen 1991 und 2022 mindestens 251 militärische Interventionen durchgeführt. Das entspricht durchschnittlich acht Militärinterventionen pro Jahr. Bei den Zahlen sind CIA-Operationen und Putschversuche nicht erfasst. Als Begründung hiess es meist, die USA müssten den Terrorismus bekämpfen oder einem unterdrückten Volk zu Hilfe eilen, um Freiheit und Demokratie zu bringen.

Gabbard sagte, Donald Trump sei vom amerikanischen Volk gewählt worden, um all dem ein Ende zu machen. Die erstaunliche Aussage kommt zu dem Zeitpunkt, da Präsident Trump Nigeria mit Krieg droht und

Flugzeugträger und weitere Kriegsschiffe vor die Küste von Venezuela schickt. Er lässt Woche für Woche Boote in der Karibik versenken, die laut offiziellen Angaben Drogen transportieren. Was die getöteten Besatzungen dieser Schiffe angeht, so sprechen Juristen von ‹aussergerichtlichen Hinrichtungen›. Die aussenpolitische Praxis, Verdächtige umzubringen statt sie gefangen zu nehmen und vor Gericht zu stellen, ist nach 9/11 in Washington Staatsdoktrin geworden. Allein der Friedensnobelpreisträger Barack Obama soll einige tausend ‹präventive Tötungen› durch Drohnen genehmigt haben, bei der ungezählte Zivilpersonen als ‹Kollateralschäden› ums Leben kamen.

Regime Change ist angesagt: diesmal in Venezuela

Es gibt wohl keine kompetente politische Beobachterin, keinen Diplomaten weltweit, denen nicht klar ist, dass es Präsident Trump nicht um Drogenhandel geht, sondern darum, einen Regierungswechsel zu bewirken, der Venezuela für die US-Energie-Konzerne wieder zu der Tankstelle machen würde, die das Land früher einmal war. Die Nachfrage nach Gas und Öl wird weltweit in den kommenden Jahrzehnten steigen. Die USA bekämpfen in Lateinamerika den Drogenhandel seit mehr als vierzig Jahren ohne den geringsten Erfolg. Anfang der neunziger Jahre habe ich die Drug Enforcement Agency (DEA) und die famosen Green Berets begleitet, als sie Journalisten zu ihren Show-Einsätzen in den Coca-Anbaugebieten in Peru einluden. Ich bin zu der Einsicht gelangt, dass die zahlreichen militärischen Stützpunkte der USA in den Andenländern nur vorgeblich dem Kampf gegen Drogen gelten. In Wirklichkeit sind sie nichts anderes als ein Counterinsurgency-Programm, also die geostrategische Kontrolle des ‹Hinterhofs› Lateinamerika. Die CIA selbst wurde im Übrigen in den achtziger Jahren von US-Staatsanwälten als ‹grösster Drogendealer der USA› bezeichnet. Schon in Vietnam hatte der US-Geheimdienst gelernt, wie Opiumhandel helfen kann, einen Krieg zu finanzieren.

Trump liess schon in seiner ersten Amtszeit die Kriegsmarine vor der Küste Venezuelas auffahren. Er verschärfe die Sanktionen, mit denen die USA zwei Jahrzehnte vorher begonnen hatten, als der ehemalige venezolanische Armee-Offizier Hugo Chávez zum Präsidenten gewählt wurde. Chávez wurde mit seinem ‹Sozialismus des 21. Jahrhunderts›, seiner Verstaatlichung des Erdöls und anderer Schlüsselindustrien, seinem Schulterschluss mit Kuba, Russland, China und allen linken Bewegungen auf dem Kontinent zum Erzfeind der USA. Sein Nachfolger Maduro wird in Washington als kommunistischer Diktator in dem gleichen Polit-Katalog geführt wie Kim Jong-un in Nordkorea.

Tulsi Gabbard hat Recht, wenn sie sagt, viele Amerikanerinnen und Amerikaner hätten Donald Trump gewählt, weil er versprach, der Politik der weltweiten militärischen Interventionen ein Ende zu machen. Man kann nicht ausschliessen, dass Trump ernsthaft diese Absicht hatte.

Der lange Arm des militärisch-industriellen Apparates

Die Frage ist aber nicht, ob Trump sich wirklich abwenden will von der Rolle eines Weltpolizisten, der sich anmasst, die Verkehrsregeln zu bestimmen und sie nach Belieben zu brechen, sondern ob die herrschenden Machtstrukturen es ihm erlauben. Ein Präsident der USA gilt als der mächtigste Mann der Welt, aber er bewegt sich nur innerhalb eines politischen Geheges, das er bei seinem Amtsantritt vorfindet. Es ist das Gehege, das abgesteckt wird von einem Apparat, in dem, wie der Ökonom Jeffrey Sachs einmal formulierte, «Wallstreet das Finanzsystem steuert, Big Oil das Energiesystem und die militärisch-industrielle Lobby die Aussenpolitik». Die Geheimdienste sind eng verflochten mit diesen Interessengruppen, ihr wichtigstes Werkzeug sind die Medien.

Trump hat schon in seiner ersten Amtszeit lernen müssen, dass seine Versuche einer neuen Aussenpolitik durch einen Medien-Tsunami sabotiert wurden, hinter denen die Demokraten in Zusammenarbeit mit den Geheimdiensten standen. Trumps wenige Ansätze zu einer Entspannung mit Russland und Nordkorea sowie einer Verminderung der US-Militärpräsenz weltweit wurden unverzüglich zugeschüttet von einem Narrativ namens ‹Russiagate›. Als Wikileaks im Juli 2016 zwanzigtausend E-Mails publizierte, die von einem Computer des National Committee der Demokraten stammten, verbreiteten Mitarbeiter der Wahlkampagne von Hillary Clinton augenblicklich, es handele sich ‹laut Geheimdienst-Erkenntnissen› um einen ‹russischen Hackerangriff›. Der russische Präsident Putin wolle Clinton schaden und verhelfe Trump zum Wahlsieg.

Die Story versetzte die Medien in ein wahres Delirium, das während der gesamten Amtszeit Trumps andauerte. Die Vorstellung, dass Trump von Putin gesteuert werde, wurde mit immer neuen ‹Erkenntnissen der Geheimdienste› gefüttert, sie sich später weitgehend als Fake erwiesen. Der ehemalige FBI-Chef Robert Müller wurde mit einer Untersuchung beauftragt, bei der am Ende keine Beweise für das ominöse Russiagate herauskamen. Im Mai 2017 wurden Geheimdienstleute, Cybersicherheitsfirmen und Mitarbeiter Clintons, die alle behauptet hatten, sie hätten Beweise für die Russiagate-Story, unter Eid vor dem Senat angehört. Keiner der Vorgeladenen konnte die angeblichen Beweise erhäusern. Die Russiagate-Erzählung implodierte lautlos.

Vom CIA trainierte Journalisten

1953 übernahm Allen Dulles, der Bruder des Aussenministers John Foster Dulles, die Leitung der CIA. Unter Allen Dulles wurde die Manipulation der öffentlichen Meinung durch die Presse zum wichtigsten politischen Hebel. Journalisten wurden für die CIA rekrutiert und plazierten «Nachrichten» und «Kommentare», die wiederum von anderen Medien als seriöse Informationen aufgenommen wurden. CIA-Agenten wurden trainiert für ihre Rolle als Journalisten.

Das ging so lange gut, bis die Anzeichen, dass die Presse von Geheimdienst-Agenten durchsetzt war, nicht mehr zu verheimlichen waren. Anfang der 70er Jahre trat CIA-Direktor William Colby die Flucht nach vorne an. Er organisierte ein «Leck» an die Medien, in dem die CIA bekanntgab, sie habe interne Unregelmäßigkeiten entdeckt. Drei Dutzend Journalisten stünden auf der Gehaltsliste des Geheimdienstes. Die Sache schlug hohe Wellen und führte zu einer Untersuchung, die nach ihrem Leiter, einem Senator aus Idaho, «Frank Church Komitee» benannt wurde. Das Ergebnis wurde in sechs Bänden 1976 publiziert und hat mehr verheimlicht als aufgeklärt. Die beschuldigten Journalisten und Verleger waren nicht gezwungen worden, in den Zeugenstand zu treten. Spätere Recherchen unabhängiger Journalisten fanden heraus, dass es nicht «mehrere Dutzend», sondern mehr als 400 Journalisten waren, die für die CIA arbeiteten. 1963 schrieb der ehemalige US-Präsident Harry Truman, der Geheimdienst sei völlig aus dem Ruder gelaufen: «Als ich die CIA gründete, hätte ich nie gedacht, dass sie in Friedenszeiten mit dunklen Mordkomplotten in Verbindung gebracht werden könnte. Ich sähe es gern (...) dass ihre operativen Aufgaben beendet würden» («Limit CIA Role to Intelligence», Washington Post, 22.12.1963).

Attentat auf De Gaulle: CIA unter Verdacht

Als Truman das schrieb, waren auf den französischen Präsidenten Charles De Gaulle mehrere Mordanschläge verübt worden, die er mit viel Glück überlebte. De Gaulle war überzeugt, dass der US-Geheimdienst dahintersteckte. Die französische Presse deckte Verbindungen zwischen Allen Dulles und französischen Putschisten auf. Die diplomatischen Spannungen wurden so untragbar, dass Präsident Kennedy mit De Gaulle telefonierte, um ihn seiner Freundschaft zu versichern und an Informationen zu gelangen: Informationen über die Machenschaften seines eigenen Geheimdienst-Chefs Allen Dulles. De Gaulle hatte die Vision von einem «Europe des Patries», welches in der friedlichen Kooperation souveräner Staaten von London bis Moskau bestehen sollte. Der Franzose war den Falken in Washington ein Dorn im Auge. Weil De Gaulle die französische Kolonie Algerien aufgab, schlugen sie Alarm, De Gaulle wolle Algerien dem Kommunismus zum Frass vorwerfen.

Präsident Truman hätte sich nicht träumen lassen, wie viele Kriege und Militärputsche in der Folge mit den «Informationen westlicher Geheimdienste» begründet wurden und wie die Öffentlichkeit jeweils hinters Licht geführt wurde. Geheimdienste helfen der Regierung, Schaden vom Land abzuwenden, so die Lehrmeinung. Sie können aber auch ihrer eigenen Regierung schaden. Sicher ist es grob vereinfachend und unzutreffend, von einem «Deep State», einem «Staat im Staat» oder einem «militärisch-industriellen Komplex» zu sprechen, als handele es sich um einen statischen, geschlossenen Machtblock, der über die Jahrzehnte unverändert die Fäden zieht.

Wenn der Kuckuck im Nest «Intelligence Community» heisst

Unbestreitbar ist die historische Konstante, dass der Komplex «Aufrüstung-Krieg-Wiederaufbau» zu den stärksten Motoren der westlichen Wirtschaft gehört und dass es keinen grossen Industriekonzern mehr gibt, der nicht daran verdient, in letzter Zeit besonders die IT-Branche. Der Philosoph Günther Anders hat es in die Sentenz gefasst: «Die Waffen werden nicht für die Kriege gemacht. Der Krieg wird für die Waffen gemacht».

Als Beispiel mag das «Project for a New American Century» (PNAC) von 1997 stehen, das vorsieht, die weltweite Dominanz der USA durch militärische Gewalt zu verteidigen. Es ist das Projekt einer von den Lobbyisten der Energie- und Rüstungsindustrie betriebenen Aussenpolitik als neokoloniale Kriegspolitik. Dass sich an dieser groben Marschrichtung nichts geändert hat, zeigt die Studie «Overextending and unbalancing Russia», die die Rand Corporation, die mächtigste Denkfabrik des Pentagons, 2019 publizierte. Wenn viele Analysten den Begriff «Deep State» verwenden, dann weil sie überzeugt sind, dass da ein Apparat wirkt, der sehr oft in geheimen, «unterirdischen» Kanälen mit grossen Medien verbunden ist und über diese Medien jede Regierung vor sich her treiben kann. Ob man diesen Apparat «Staat im Staat» nennt oder Kuckuck im Nest, macht keinen Unterschied. Die Washington Post berichtete 2010, dass es in den USA 854'000 Leute gebe, die an zehntausend verschiedenen Orten auf Geheimhaltungsstufe für die «nationale Sicherheit» arbeiteten.

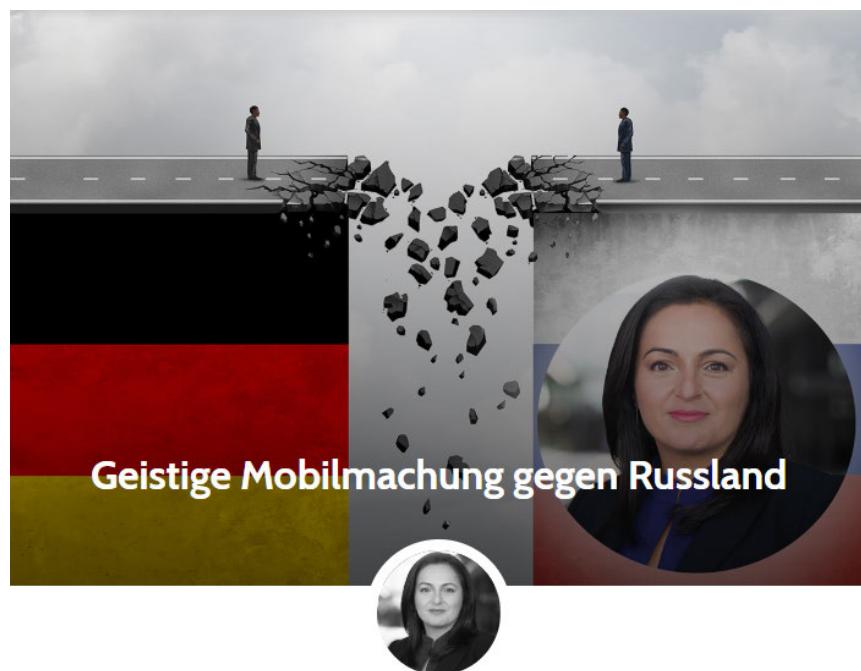
Frontlinie mit Tradition

Die erbitterte Fehde, die Präsident Donald Trump mit seinen Geheimdiensten austrägt, ist also kein einmaliger Vorgang. Da ist ein System wirksam, dass zurückreicht bis in die Anfänge des Kalten Krieges. Allen Dulles hasste John F. Kennedy. Und umgekehrt. Nach aussen hin wurde zwar ein formal korrekter Umgang

gewahrt, aber der alternde CIA-Chef sah mit Bestürzung, dass der junge Präsident nicht gewillt war, die Sowjetunion und dem Kommunismus mit der kompromisslosen militärischen Härte zu begegnen, die Dulles für unabdingbar hielt. Kennedy probte nach seiner Amtsübernahme eine Politik der Kohabitation der Blöcke. Er wollte eine militärische Eskalation und einen Nuklearkrieg vermeiden, gleichwohl liess er sich in das Vietnam-Desaster hineinziehen.

1961 organisierte die CIA einen Angriff auf das kommunistische Kuba, um Fidel Castro zu stürzen. Kennedy war nicht erfreut darüber. Er wollte die Invasion als eine Operation aufständischer kubanischer Antikommunisten erscheinen lassen und nach aussen hin die offizielle Hilfe seiner Regierung abstreiten. Dulles hatte dagegen auf massives militärisches Eingreifen der USA gedrängt und war damit bei Kennedy aufgelaufen. Folglich versuchte der CIA-Chef es mit dem Holzhammer. Er liess Kennedy im Unklaren über die geringen Chancen der Operation und hoffte, wenn sich ein Scheitern abzeichne, werde Kennedy gezwungen sein, Luftwaffe und Marine einzusetzen, um ein weltweites Image-Desaster der USA zu vermeiden. Kennedy ging nicht in die Falle. Er musste seinen Widerstand gegen den Machtblock seiner Generäle und der «Intelligence Community» – das ist meine Interpretation – 1963 mit dem Leben bezahlen.

Man mag in Donald Trump einen Bluffer sehen, einen Gambler und Hasardeur, aber sein erratischer Kurs in der Außenpolitik ist nicht nur mit derartiger Psychologie zu begründen. Trump muss, wie jeder seiner Vorgänger im Amt, den aggressiven Kuckuck im Nest füttern, indem er den militärischen Kraftmeier spielt. Daher sein äussenpolitischer Slalom. Kein Präsident der USA konnte sich jemals diesen Zwängen entziehen. Dieser Text ist die gekürzte Fassung eines Artikels, der auf Globalbridge erschienen ist.



Titelbild: Lightspring/shutterstock.com
Ein Artikel von Sevim Dagdelen, 19. November 2025 um 10:00

Krieg beginnt nicht mit Panzern, sondern mit Lüge, Kontaktverbot und Denunziation. Diplomatische Kontakte sollen auf ein Minimum reduziert werden. Insbesondere deutsche Politiker sollen von einer Kontaktaufnahme zu russischen Gesprächspartnern abgehalten werden. Von Sevim Dagdelen.

Kontaktverbot statt Diplomatie

Die EU verhängt immer neue Sanktionen gegen russische Politiker. 1700 Namen umfasst die Schwarze Liste Brüssels mittlerweile. Ziel der Strafmaßnahmen ist auch, jegliche diplomatischen Kontakte auf ein Minimum zu reduzieren. Insbesondere deutsche Politiker sollen durch die Listung sämtlicher Gesprächspartner in Russland von einer Kontaktaufnahme abgehalten werden. In letzter Konsequenz sollen diese administrativen Massnahmen helfen, einen Krieg gegen Russland vorzubereiten. Denn wo Begegnungen und Diplomatie enden und verunmöglicht werden, bleibt am Ende nur die Sprache des Krieges.

Hetzjagd auf Andersdenkende

Wer sich dem Verdikt der Kriegsvorbereitung nicht beugt, trifft auf mediale Hetzkampagnen. Der Vorwurf: Kontakt mit dem Feind. Das traf zuletzt nicht nur Abgeordnete der AfD. Im Fokus stehen auch BSW-Politiker wie die Europaabgeordneten Michael von der Schulenburg und Ruth Firmenich. Beide reisten im Mai 2025 zum 80. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus mit drei weiteren Kollegen aus Zypern, Tschechien und

der Slowakei nach Russland. Zugleich versucht man, auch über Bande, die entsprechenden Parteiführungen zu Distanzierungen zu drängen.

Die jüngsten medialen Angriffe folgen wenige Tage, nachdem die beiden BSW-Parlamentarier ein Rechtsgutachten vorgestellt haben. Dieses weist die EU-Sanktionen insbesondere gegen Journalisten als willkürlichen Eingriff zurück. Die Einschränkungen der Meinungsfreiheit durch das neue EU-Sanktionsregime gegen «Desinformation» hätten den Rubikon überschritten, urteilen die ehemalige Richterin am Europäischen Gerichtshof, Ninon Colneric, und die Professorin für internationales Recht an der Universität Angers, Alina Miron. «Mit diesen Massnahmen zur Einschränkung der Meinungsfreiheit schränkt die EU eine Freiheit ein, die für ihre Identität von grundlegender Bedeutung ist», so das Fazit der zwei Rechtsgutachterinnen.

Der neue McCarthyismus

Es droht, ein neuer McCarthyismus etabliert zu werden. Während es in den USA der Jahre 1950 bis 1956 um eine antikommunistische Hysterie und geistige Mobilmachung gegen die Sowjetunion ging, geht es heute um eine geistige Mobilmachung gegen Russland. Die antirussische Kampagne zielt darauf, jeglichen Gesprächskontakt mit russischen Politikern zu unterbinden und die Hemmschwelle in der Gesellschaft zu senken, Gewalt gegen Russland anzuwenden. Man rüstet nicht nur mit Fünf-Prozent-Ziel und Bedarfswehrpflicht, sondern auch geistig auf einen Krieg mit Russland.

Teil dieser geistigen Mobilmachung ist die Verwirklichung des Andi-Möller-Prinzips in der deutschen Politik. Zur Erinnerung: Andi Möller wurde berühmt durch seine «Schutzschwalbe» im gegnerischen Strafraum. Fern fremder Einwirkung, liess er sich einfach fallen, um ein angeblich geplantes Foul zu verhindern.

Boris Pistorius ist der Andi Möller dieser Tage. Erst jüngst warnte der deutsche Verteidigungsminister vor einem Angriff Russlands auf die NATO. Dagegen könnte sich die NATO aber auch wehren, so Pistorius.

Die Rede vom möglichen Angriff Russlands soll offenbar Aufrüstung und die Aufstellung einer deutschen Massenarmee per Bedarfswehrpflicht verdecken. Der Rekurs auf den Militärpakt NATO, der zehnmal so viel für Rüstung ausgibt wie Russland und dessen europäische Mitglieder das Vierfache der russischen Militärausgaben tätigen, soll Stärke demonstrieren, steht aber, wenn man sich das Rüstungsverhältnis anschaut, in Wirklichkeit für ein Dementi der angeblichen russischen Aggressionspläne in Bezug auf die NATO. Die geistige Mobilmachung soll auch die Ursache des Ukraine-Krieges, das vom Westen gebrochene Versprechen, die NATO nicht nach Osten zu expandieren, verdecken helfen.

Sogar Dieter Bohlen stört die Kriegstreiber

Wer das Welttheater genau betrachtet, erkennt in den Angriffen von US-Präsident Donald Trump auf Lateinamerika und der bedingungslosen Unterstützung für die Ukraine eine Arbeitsteilung in der NATO. Wie moralisch verkommen die NATO insgesamt ist, lässt sich unschwer an der Unterstützung des Völkermords Israels in Gaza durch die Waffenhilfe der beiden führenden NATO-Mitglieder USA und Deutschland erkennen. Wer dies ausspricht, riskiert Pranger oder EU-Sanktionsliste.

Es ist bemerkenswert, dass sich Popstar Dieter Bohlen von der antirussischen Hetze überhaupt nicht beeindrucken lässt. «Deutschland und Russland zusammen sind ein Dream-Team – wie Modern Talking», sagt er. Ein Fall für die Sanktionsliste, werden die Kriegstreiber in Berlin und Brüssel denken.

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=142305>



depositphotos.com

Wasser – Wie das WEF und BlackRock das Lebenselixier kapitalisieren wollen

Wenn Wasser zur Aktie wird:

Das WEF, die Märkte und die neue Kontrolle über das Grundrecht auf Leben

uncut-news.ch, November 4, 2025

Eine neue Logik der Macht

Beim Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos sprach Mariana Mazzucato, Ökonomin und Beraterin der Vereinten Nationen, über Wasser. Doch ihre Worte klangen weniger nach Nachhaltigkeit – und mehr nach einem **wirtschaftlichen Masterplan**.

«Wir müssen den Kapitalismus anders betreiben. Unsere Unternehmensführung muss sich ändern. Statt Marktversagen zu beheben, müssen wir die Wirtschaft so gestalten, dass sie dem Menschen und dem Planeten zugutekommt», sagte Mazzucato auf der WEF-Bühne.

Das klingt edel – doch die Implikation ist tiefgreifend: **Wasser soll nicht länger als universelles Grundrecht, sondern als ökonomisches Gut** behandelt werden.

Ein Gut, das bepreist, verwaltet und – in der nächsten Entwicklungsstufe – **tokenisiert** werden kann.



Tangotanzen kann nicht nur anmutig aussehen, auch kann es laut einer Studie die Hirnalterung verlangsamen;
Quelle: primipil/Getty Images/Canva.

Studie:

Tanzen und andere kreative Tätigkeiten lassen Gehirne langsamer altern
Demnach sind beispielsweise die Gehirne von professionellen Tangotänzerinnen und -tänzern im Durchschnitt sieben Jahre jünger als diejenigen von Personen, die vergleichbar alt und aktiv, aber nicht kreativ sind.

19. November 2025 von TE

Kürzlich erschien in «Nature Medicine» eine Arbeit, die aufzeigt, dass Menschen, auch wenn sie bereits frühe Anzeichen einer Alzheimer-Krankheit im Gehirn aufweisen, bereits von mässiger körperlicher Aktivität profitieren können (siehe TN-Artikel).

Eine in «Nature Communications» publizierte Studie weist in eine ähnliche Richtung, beschränkt sich aber nicht nur auf Bewegung. Demnach verzögern diejenigen, die viel tanzen, Kunstmalerie betreiben und musizieren, das biologische Altern ihres Gehirns um etliche Jahre. So sollen beispielsweise die Gehirne von professionellen Tangotänzerinnen und -tänzern im Durchschnitt sieben Jahre jünger als diejenigen von Personen sein, die vergleichbar alt und aktiv, aber nicht kreativ sind.

Kunstmalen und Zeichnen verjüngen das neuronale Zentralorgan laut der Studie fast genauso gut. Ähnlich hilfreich sei es auch, zu musizieren. Sogar mit kreativem Gaming lasse sich die biologische Uhr des Gehirns zurückstellen.

Diese Ergebnisse wurden von Teams aus 13 Ländern zutage gefördert. Die Federführung hatte dabei der argentinische Neurowissenschaftler Agustín Ibáñez von der Universität Universidad Adolfo Ibáñez in Santiago de Chile inne und es bestand eine Zusammenarbeit mit dem Global Brain Health Institute (GBHI). Die Autoren führen aus:

«In dieser Studie untersuchten wir die potenziell schützenden Effekte kreativer Erfahrungen auf die innere Uhr in einer grossen Stichprobe von 1472 Teilnehmenden. Wir entwickelten kreativitätssensitive Messverfahren zur Erfassung beschleunigter und verzögelter Hirnalterung mithilfe von Hirnuhren, Graphentheorie und biophysikalischer Modellierung. Zunächst schätzten wir robuste Hirnuhrmodelle mithilfe von maschinellem Lernen und EEG-Daten von 1240 Teilnehmenden. Anschliessend berechneten wir die Unterschiede im Hirnalter ... bei Personen mit unterschiedlichen Ausprägungen kreativer Erfahrungen.»

Diese umfassten nach Alter, Geschlecht, Bildung und geografischer Lage vergleichbare Gruppen von erfahrenen und unerfahrenen Tangotänzern, Musikern, bildenden Künstlern und Videospielern. In einer separaten Gruppe untersuchten wir die Vorher-nachher-Effekte von Kurzzeitlern im Rahmen eines Videospieltrainings. Dieses

Studiendesign ermöglichte es uns, die Effekte gefestigter beruflicher Expertise mit denen von Kurzzeitlernen zu vergleichen.»

Als Folge davon habe man zeigen können, dass domänenübergreifende kreative Erfahrungen mit einer verzögerten Hirnalterung, gemessen anhand von BAGs (Brain Aging Aggregation), einhergehen. Der Effekt ist domänenübergreifend (= domänenfrei), weil das Gehirn offenbar nicht danach fragt, «ist das jetzt Kunst, Musik oder Gaming?». Es reagiert auf etwas Gemeinsames, das allen diesen Tätigkeiten innewohnt, zum Beispiel:

Hohe kognitive Flexibilität

- Ständiges Lernen und Anpassen
- Kreatives Problemlösen unter Unsicherheit
- Flow-Zustände (Zustand völliger Vertiefung und höchster Konzentration) und intensive Konzentration

Belohnung durch selbstgeschaffene Ergebnisse

Dabei stellten die Forscher fest, dass niedrigere negative BAGs bei Personen mit mehr kreativen Erfahrungen hauptsächlich in frontoparietalen Hirnregionen zu beobachten sind, da diese Regionen anfällig für Alterungsprozesse sind. Ein Zusammenhang zwischen verzögelter Hirnalterung und dem Grad kreativer Expertise wurde sowohl bei Experten als auch bei Lernenden beobachtet. Diese Effekte waren in der Expertenstudie mit Langzeittraining stärker ausgeprägt als die Vorher-Nachher-Effekte bei Nicht-Experten mit Kurzzeittraining.

Quelle: Nature Communications: Creative experiences and brain clocks - 3. Oktober 2025

Quelle: <https://transition-news.org/studie-tanzen-und-andere-kreative-tätigkeiten-lassen-gehirne-langsamer-altern>



depositphotos.com

KI ist eine Bedrohung für die gesamte Menschheit

Paul Craig Roberts, November 17, 2025

Liebe Leser, mein Computer-Nerd-Freund war in der Lage, diesen Artikel wiederherzustellen, nachdem mein Laptop ihn irgendwo versteckt hatte. Wenn ich glauben würde, dass KI empfindungsfähig ist, würde ich schlussfolgern, dass Apples KI in dem Artikel eine Bedrohung gesehen und ihn versenkt hat. Es ist eine interessante Geschichte über die Zerbrechlichkeit der digitalen Revolution, aber ich bin mir unsicher, ob ich sie erfolgreich erzählen kann.

Wegen seiner Bedeutung ist dieser Artikel mein einziges Angebot für heute, um Sie nicht mit anderen Gedanken abzulenken.

Die Vorteile der KI wurden überschätzt und ihre Kosten unterschätzt. Ich las kürzlich von einem grossen Projekt, das der KI anvertraut wurde und bei dem mehrere Unternehmen beteiligt waren, das so katastrophal scheiterte, dass hochbezahlte menschliche Experten hinzugezogen werden mussten, um die Situation zu korrigieren. Insgesamt kostete das Projekt mehr als die versprochenen KI-Einsparungen.

KI hat viele Kosten, die einfach ignoriert wurden. Es gibt menschliche Kosten. Wie Arbeitslosigkeit und Isolation. Menschen lernen Datenquellen, ihre Probleme oder wie man sie verwendet, nicht mehr kennen. Sie müssen keine Grammatik kennen oder wissen, wie man schreibt, und so weiter. Dann gibt es wirtschaftliche Kosten. Es wird viel Strom benötigt. Viele Rechenzentren werden gebaut oder überbaut, und Menschen, die in ihrer Nähe leben, erleben eine Verdoppelung und Verdreifachung ihrer Stromrechnungen, weil die Nachfrage das Angebot überholt hat. Das Geld, das für den Bau der Rechenzentren benötigt wird, zieht Geld von anderen Investitionen ab. Jack Gamble vermutet, dass die damit verbundene Finanzierung betrügerisch ist und dass Nvidia und andere grosse Rückgänge ihrer Aktienkurse erleben könnten:

<https://www.youtube.com/watch?v=xuPL0H-xNNc>

Vielleicht sind die grössten Kosten der KI der Niedergang der Bildung und die Kontrolle über die Wahrheit, die sie demjenigen gibt, der die Datenbank kontrolliert. Studenten, deren Arbeiten von KI geschrieben wer-

den, müssen niemals Bücher lesen und die Informationen so weit aufnehmen, dass sie eine Arbeit schreiben könnten. Sie müssen keine Grammatik oder Rechtschreibung kennen, da KI dies für sie übernimmt. Schon jetzt müssen Schulkinder das Einmaleins nicht mehr lernen, weil sie Computer haben, und sie müssen keine Schreibschrift mehr lernen, weil sie Tastaturen oder Sprachbefehle verwenden. Sie brauchen kein Wissen und keine Fähigkeit zu denken, weil sie die KI fragen können.

Der Hauptvorteil von KI ist die Geschwindigkeit, mit der sie Datenbanken durchsuchen und Fragen basierend auf dem Inhalt der Datenbank beantworten kann. Beachten Sie, dass die Ergebnisse der KI von der Datenbank abhängen. Wenn die Datenbank voreingenommen, falsch oder konstruiert ist, um eine bestimmte Erzählung zu unterstützen, werden die Ergebnisse der KI voreingenommen, falsch oder unterstützend gegenüber der Erzählung sein, die die Daten präsentiert.

Wenn die Datenbank aus US-amerikanischen und europäischen Medien besteht, stellen Sie sich die falschen Antworten zu Anfragen über den Konflikt in der Ukraine, 9/11, Saddam Hussein, Gaddafi, Gaza, Iran, China, die US-Präsidentenwahl 2020, Covid und so weiter vor. Da viele Menschen glauben, KI sei intelligenter als Menschen, schreiben sie der KI Wahrheit zu. Damit kontrolliert jeder, der die Datenbank kontrolliert, was Menschen für wahr halten. Das sollte deutlich machen, dass KI das perfekte Werkzeug für Tyrannie ist, die auf der Kontrolle von Information basiert. Aus diesem Grund allein hätte KI niemals entwickelt werden dürfen. Menschen sollten verstehen, dass Freiheit von objektiver Wahrheit abhängt, und sie hätten KI versenken und niemals entwickeln sollen.

Dr. Russell Blaylock erklärt, wie KI dazu führen wird, dass die Kontrolle über die Medizin fest in die Hände der Pharma-industrie gelegt wird – mit der Folge, dass Ärzte und Tierärzte den Profiten der Pharma-industrie dienen und nicht der menschlichen oder tierischen Gesundheit. Medizinische Protokolle liegen im Wesentlichen bereits in den Händen der Pharma-industrie, da es ihr gelungen ist, ihre Regulierungsbehörde, die Bundesbehörde für Lebens- und Arzneimittel (FDA), zu vereinnahmen und damit die CDC und die NIH. Die Drehtür zwischen der Pharma-industrie und ihrer Aufsichtsbehörde ist notorisch, und nichts wurde dagegen unternommen. Präsident Trump ernannte Robert F. Kennedy zum Gesundheitsminister, und ihm berichten die Gesundheitsbehörden. Minister Kennedy hatte einige Erfolge darin, Wissenschaft an die Stelle von Big Pharmas Profiten zu setzen, wurde jedoch weitgehend vom US-Kongress blockiert, der die Wahlkampfspenden von Big Pharma höher bewertet als die Gesundheit der Öffentlichkeit. Auch die Medien unterstützen die Narrative der Pharma-industrie wegen der grossen Werbeeinnahmen der Pharmaunternehmen.

Die Zuschüsse von Big Pharma an medizinische Fakultäten und medizinische Forscher geben der Pharma-industrie Einfluss auf den Lehrplan der medizinischen Ausbildung und auf Artikel, die in medizinischen Fachzeitschriften veröffentlicht werden. Die Herausgeber der beiden renommiertesten medizinischen Zeitschriften – dem *New England Journal of Medicine* und der britischen Zeitschrift *The Lancet* – sagten beide, dass 70% der veröffentlichten Artikel von Big Pharma finanziert werden.

Es sollte also keinerlei Schwierigkeiten bereiten zu verstehen, wie die medizinische Datenbank für die KI aussehen wird. Diese voreingenommene Datenbank wird durch die Verringerung der privaten medizinischen Praxis und den Aufstieg von Ärzten als Angestellte, nicht unabhängige Entscheidungsträger, in Gesundheitsorganisationen (HMOs) weiter verfestigt. HMOs eliminieren die Urteile von Ärzten und ersetzen sie durch «medizinische Protokolle». Ärzte sind gezwungen, diese Protokolle zu befolgen, selbst wenn sie falsch sind oder sogar tödlich für Patienten. Während der inszenierten «Covid-Pandemie» verlangte das medizinische Protokoll den Tod von Patienten durch Beatmungsgeräte und Remdesivir, da die Todesfälle die Einnahmen der Krankenhäuser maximierten, während bekannte sichere Heilmittel wie Ivermectin und Hydroxychloroquin durch das medizinische Protokoll verboten wurden. Apotheken wurden angewiesen, lebensrettende Rezepte unabhängiger Ärzte nicht auszufüllen, die für das Retten von Leben verfolgt und ihrer medizinischen Zulassung beraubt wurden.

All dies geschah, bevor KI medizinische Protokolle erstellt, indem sie die von Big-Pharma-gekauften und bezahlten Daten durchsucht, die von Big Pharmas Forschern bereitgestellt werden. Big Pharma setzte mit Hilfe der Regulierungsbehörden und Medien, die sie kontrolliert, Covid-Impfstoffe und Masken durch, von denen sie wussten, dass sie gefährlich waren, sowie Lockdowns und Abstandthalten, die unlogisch und unbegründet waren. Unabhängige medizinische Forschung hat schlüssig bewiesen, dass der Covid-Impfstoff viel mehr Menschen tötete als das Covid-Virus, das sich als ein künstlich hergestelltes Virus herausstellte. Unabhängige Forschung hat auch bewiesen, dass Lockdowns und Masken wirtschaftlich, sozial und medizinisch schädlich waren. Dennoch wurde die Bevölkerung zu diesem schädlichen Protokoll gezwungen.

Dr. Blaylock warnt:

«KI funktioniert rein nach Protokollen, und medizinische Protokolle werden zunehmen. In naher Zukunft wird die gesamte Medizin Protokollen folgen.»

Dies wird im Wesentlichen die Notwendigkeit vieler medizinischer Fachrichtungen eliminieren, die durch billigere Arbeiter ersetzt werden, die die vorgeschriebenen Protokolle befolgen. Es wird keine Notwendigkeit für ihre Ausbildung in Praktika oder Facharztausbildungen geben. Praktiker werden einfach den Protokollen folgen, die alle Untersuchungen und alle genehmigten Behandlungen festlegen – genau wie wir es während der «Pandemie» gesehen haben.

Diese Protokolle werden von KI erstellt, die, wie uns gesagt wird, intelligenter sei als jeder Mensch.» Aber, sagt Blaylock, es gibt ein Problem, das Menschen und die meisten Ärzte nicht erkennen. KI kann nicht unterscheiden zwischen Artikeln, die auf legitimer Forschung unabhängiger Wissenschaftler basieren, und Artikeln, die durch Zuschüsse der Pharmaindustrie geschrieben wurden, um Pharmaproducte zu legitimieren. Blaylock nennt solche gekauften Artikel «ghostwritten»:

«Im Grunde ist ein ghostwritten-Artikel einer, der von Pharmaunternehmen bezahlt wurde. Es ist gefälschte Forschung, die in angesehenen medizinischen Fachzeitschriften veröffentlicht wird, um Ärzte dazu zu bringen, das besprochene Medikament zu verschreiben.

Wie bereits erwähnt, kann KI nicht zwischen einem legitimen medizinischen Artikel und einem von einem Pharmaunternehmen erzeugten unterscheiden. Daher wird KI die gefälschten Informationen [derzeit 70% der Gesamtheit] von Pharmaunternehmen verwenden, um medizinische Protokolle zu erstellen.

Schon jetzt wissen die meisten Ärzte nicht, ob sie einen ghostwritten-Artikel lesen und glauben oder eine legitime Forschungsarbeit.

Diese Artikel werden in renommierten medizinischen Fachzeitschriften veröffentlicht, um Ärzte zu täuschen.

Diese Praxis ist bereits zu einem grossen Problem in der medizinischen Veröffentlichung geworden. Die Nutzung von KI wird es noch schlimmer machen.

Sobald KI diese Protokolle aus ghostwritten-Artikeln erstellt, sind die Verkäufe für die Pharmaunternehmen gesichert. Tausende wurden bereits geschädigt – und sind sogar gestorben – wegen von der FDA zugelassener Medikamente. Mit der Verwendung dieser Protokolle wird das Problem noch viel schlimmer werden.

Die CDC-Protokolle während der Pandemie waren erst der Anfang. In Zukunft werden sie als Norm akzeptiert werden.»

Blaylocks Warnung wird ignoriert werden, wie wahrheitsgemäße Warnungen es immer werden.

Ich glaube, dass die Technologie uns in ein dunkles Zeitalter führt. Die Datenbanken für KI werden von den Geldinteressen kontrolliert werden. Gleichzeitig zerstört KI gebildete Menschen, einschliesslich Ärzte, weil die Abhängigkeit von KI bedeutet, dass es sinnlos ist, gebildet zu sein. Menschen müssen nicht einmal mehr eine Tastatur benutzen können. Wenn man sprechen kann, kann KI die benötigten Informationen liefern, was bedeutet, dass man mit den Interessen ausgerichtet ist, die die Daten bereitstellen.

Die westliche Idee des Fortschritts führt zu gedankenloser Akzeptanz neuer Entwicklungen, einfach ein weiterer Schritt nach vorn. Auf diese Weise werden gefährliche Technologien in der menschlichen Gesellschaft institutionalisiert. Dies ist bereits mit dem Aufkommen von Atomwaffen geschehen, die wir bisher überlebt haben. Jetzt wird die gefährliche Technologie, die durch die digitale Revolution gebracht wurde, institutionalisiert. Dies ist eine Technologie, die Menschen weiter atomisiert und isoliert und sie irrelevant und vollständig kontrollierbar macht. Menschen sind so irrelevant, dass es keinen Zweck mehr hat, sie zu bilden.

Als im Rahmen der Globalisierung die Auslagerung amerikanischer Industriearbeitsplätze stattfand, logen die von globalen Interessen bezahlten Ökonomen. Sie sagten, wir würden besser dran sein ohne die «schmutzigen Fingernagel»-Fertigungsjobs, die durch High-Tech-Jobs mit sauberen Händen ersetzt würden. Solche Jobs tauchten für die Arbeiterklasse nie auf, deren Löhne stattdessen in Boni für Führungskräfte umgeleitet wurden.

Dieses Mal werden keinerlei Behauptungen darüber aufgestellt, wie viele neue und bessere Jobs geschaffen werden sollen, etwa in der Softwareentwicklung oder in medizinischen Fachbereichen. Die meisten scheinen zu verstehen, dass beschäftigte Menschen sehr selten werden. Was passiert mit dem Rest?

Vielleicht bestanden Covid und der «Impfstoff» tatsächlich aus einem Versuch, uns zu töten, da KI die Nachfrage nach menschlicher Arbeit, sowohl geistiger als auch körperlicher, stark reduziert. Elon Musk sagt, dass die digitale Revolution den Kommunismus nach sich zieht. Die Produktionsmittel müssen sozialisiert werden, um ein universelles Einkommen zu ermöglichen, das die USA bereits für ein Achtel ihrer Bevölkerung durch SNAP bieten. Die Alternative ist die massenhafte Vernichtung menschlichen Lebens.

Quelle: AI Is a Threat to All of Humanity

Quelle: <https://uncutnews.ch/ki-ist-eine-bedrohung-fuer-die-gesamte-menschheit/>

INFOsperber
sieht, was andere übersehen.

15.11.2025

Frankreich: Geheime Waffentests verseuchen den Boden

Im Kalten Krieg experimentierte Frankreich mit Uranzündern. Mitarbeiter starben. Das Trinkwasser von Paris ist gefährdet.

Pascal Derungs



Die Detonationsexperimente setzten Radioaktivität frei und kontaminierten den Untergrund des Testgeländes. © Aus «Le Polygone» von Cédric Picaud

Jahrzehntelang täuschte das französische Atomenergiekommissariat CEA die Öffentlichkeit über ihr geheimes Projekt zum Test von Nuklearwaffen-Zündern. Nichtsahnend war die Bevölkerung der Gegend um das Testgelände gesundheitsschädlicher Radioaktivität ausgesetzt. Viele Menschen erlitten chronische Lungenkrankheiten, manche starben an den Folgen. Die strahlenden Überreste der Detonationsexperimente sickern immer tiefer in den Untergrund. Langfristig ist das Grundwasser des gesamten Pariser Beckens bedroht, das Trinkwasser von Abermillionen Menschen. Das dokumentiert der Filmemacher Cédric Picaud mit seinem preisgekrönten Werk «Le Polygone».



Cédric Picaud erhielt am Uranium Filmfestival in Berlin die Trophäe für seinen Dokumentarfilm «Le Polygone». © Uranium Filmfestival Public Domain

Der Staat stellt sich taub

Seit 2013 ist das Testprogramm offiziell beendet. Das «Commissariat à l'Énergie Atomique» (CEA) zog ab und hinterliess seinen gefährlichen Müll. Es gab keinen Rückbau der strahlenverseuchten Einrichtungen, keine Sanierung des belasteten Bodens. Damien Girard, der Bürgermeister der betroffenen Gemeinde Pontfaverger-Moronvilliers, bemüht sich um die Anerkennung und Wiedergutmachung des erlittenen Unrechts und Schadens durch den Staat.

Im Film sagt er: «Seit etwa zehn Jahren versuchen wir, mit dem CEA in den Dialog zu treten, aber es ist, als würde man gegen eine Mauer sprechen.» Empört ergänzt er: «Es ist wie bei einem Mieter, der Ihr Haus nutzt, keine Miete zahlt und seinen Müll zurücklässt, wenn er auszieht. Nicht annehmbar.»

Jetzt will Girard versuchen, auf dem Rechtsweg die Herausgabe von geheimen CEA-Dokumenten zu erzwingen, um die Schadenersatzansprüche seiner Gemeinde untermauern zu können.

Die Militärs spielten nie mit offenen Karten

Seit dem Ersten Weltkrieg sind rund 2000 Hektaren Land in der Gegend von Pontfaverger-Moronvilliers eine unfruchtbare Kraterlandschaft. Damals beschossen sich an der festgefahrenen Frontlinie deutsche und französische Truppen gegenseitig jahrelang mit Artilleriefeuer. Zehntausende Soldaten starben in den Hügeln der «Monts de Champagne», die Vegetation wurde vernichtet, zurück blieben nur die nackten Kreidefelsen, von den Einheimischen fortan «Mont Blanc» genannt. Dieses verwüstete Gelände erachtete das Verteidigungsministerium als geeignet für seine Atomwaffenexperimente.

Die Bevölkerung wurde systematisch getäuscht

Als das CEA seine Aktivitäten Mitte der 1950er Jahre aufnahm, tarnte es sich erst als Ölbohrfirma. Später riegelte es die Zone ab und behauptete, es müsse Abertausende von Granaten-Blindgängern aus dem 1.

Weltkrieg räumen. So konnte es die vielen Detonationen seiner Waffentests gegenüber der ahnungslosen Bevölkerung über Jahrzehnte erklären.

Das CEA beschäftigte auf dem Gelände eigene Leute wie auch einheimische Handwerker und Bauarbeiter. Alle waren zu strikter Geheimhaltung verpflichtet, auch gegenüber der eigenen Familie.

Im Lauf von 55 Jahren erstellte das CEA für seine Experimente auf 500 Hektaren Kraterland 120 Bauten, viele davon unterirdisch, mit Mauern aus armiertem Beton von bis zu 1,5 Metern Dicke. Es wurde nie publik, was genau in den Bunkern geschah, welche Materialien für die Detonationsexperimente zum Einsatz kamen, wieviel radioaktive Strahlung dabei erzeugt wurde.

Handwerker und Bauarbeiter waren nicht geschützt

Auf dem Testgelände verfügten nur die CEA-Ingenieure über Schutzkleidung und Masken, die einfachen Arbeiter nicht. Für sie bestehe keine Gefahr, hiess es. Regelmässig seien sie per Nasenabstrich auf die Strahlenbelastung getestet worden, sagen diverse Zeitzeugen im Film. Damien Girard hat Aufzeichnungen darüber aufgetrieben. Daraus gehe hervor, dass nicht selten Überschreitungen der maximalen Tagesdosis um das 20- bis 40-fache gemessen wurden. Doch nie sei jemand informiert, gewarnt oder von der Arbeit suspendiert worden.



Ungeschützt hantierten Arbeiter über Jahrzehnte auf dem Testgelände für atomare Bombenzünder mit hoch-radioaktiven Materialien. © Aus «Le Polygone» von Cédric Picaud

«Manchmal sah man einen Atompilz in den Himmel steigen»

Es habe wohl keine Atombombendetonation im eigentlichen Sinn gegeben, mutmasst ein Zeitzeuge im Film, ein ehemaliger CEA-Insider, «aber wir kamen den nuklearen Bedingungen sehr nahe.» Sie hätten mit Beryllium, Uran, Tritium und Deuterium experimentiert – allesamt stark radioaktive Elemente. «Wir wissen, dass die Kontamination direkt unter dem Standort um 3600 Prozent zugenommen hat. Dies basiert auf einem Dokument, das wir bereits 2005 vom CEA erhalten haben», berichtet Damien Girard. Heute weigere sich das Atomenergie-Kommissariat, weitere solcher Dokumente herauszugeben.

Das Testgelände wurde heimlich auch als Deponie benutzt

Mittlerweile hat Girard erfahren, dass auf dem ehemaligen Testgelände auch radioaktive Abfälle, die Plutonium enthielten, vergraben wurden. Es stellte sich heraus, dass dieser Abfall aus dem stillgelegten Kernkraftwerk Marcoule stammt. Dies deute darauf hin, dass die CEA-Stätte – entgegen allen Behauptungen – nicht ausschliesslich der Erprobung von Detonationszündern gedient habe. Es habe auch Experimente mit radioaktiven Materialien und Gasen gegeben, die nur dazu gedient hätten, «die Auswirkungen auf die Umwelt, die Vegetation und wahrscheinlich auch auf den Menschen zu untersuchen.»

Die rechtsfreie Masseneinwanderung – Krieg der Herrschenden gegen das eigene Volk

Hwludwig, Veröffentlicht am 19. November 2025

Es muss immer wieder in Erinnerung gebracht werden: Die nun seit zehn Jahren stattfindende Zulassung und Förderung der Massenimmigration durch die Bundesregierung und die Landesregierungen ist von Anfang an ein schwerer permanenter Verstoss gegen das Grundgesetz. Prof. Dr. Rupert Scholz, renommierter Verfassungsrechtler, als Mitherausgeber des massgeblichen Grundgesetz-Kommentars Maunz/Dürig einer der profundensten Kenner des Grundgesetzes und des europäischen Asylrechts und als CDU-

Bundestagsabgeordneter und ehemaliger Verteidigungsminister mit der politischen Praxis bestens vertraut, weist erneut darauf hin und geht mit der Politik hart ins Gericht. Doch die Hintergründe müssen noch ergänzt werden.



Prof. Dr. Rupert Scholz (Foto: Imago)

In der veröffentlichten Meinung wird ständig die ungeheure Tatsache unterdrückt, dass die seit zehn Jahren in grossem Ausmass stattfindende Masseneinwanderung von überwiegend jungen Männern, vor allem aus dem Nahen Osten und Afrika, permanent gegen das Grundgesetz verstösst. Kritiker werden schnell als inhuman oder gar rechtsextrem abgestempelt. Umso wichtiger ist die grundsätzliche Frage, wie es sich eigentlich mit dem geltenden Recht verhält. Sind die Handlungen der herrschenden Parteipolitiker vom demokratischen Recht gedeckt? Oder bewegen sie sich selbstherrlich in einem rechtsfreien Raum, jenseits einer freiheitlich-demokratischen Ordnung?

Das Internet-Magazin «ANSAGE!» veröffentlichte am 17. November 2025 ein Interview mit Prof. Scholz, in dem er zu dem Thema der Massenmigration Stellung nahm, die im Begriff ist, Deutschland total zu verändern. Er sagte gleich zu Beginn:

«Das Grundgesetz schreibt ... ganz eindeutig in Artikel 16a vor: Wer aus einem sicheren Drittstaat kommt, hat nicht das Recht auf Asyl in Deutschland. Es wird leider zu oft und zu vielfältig nicht eingehalten. Aber das Grundgesetz ist in dieser Frage eindeutig.»

Aber es werde nicht gehandelt. Es bestehe ein massives Vollzugsdefizit in diesem Bereich. Es könnte fast jeder, der hierherkommt und Asyl begeht, zurückgeschickt werden. Denn wenn man einmal die Landkarte anschau: Deutschland sei nur von sicheren Drittstaaten umgeben. Dort gebe es keinen Staat, in dem einem Flüchtlings Folter oder politische Verfolgung drohe.

Doch nicht nur das deutsche, auch das europäische Recht enthalte diese Regelung. Das Abkommen von Dublin sage das Gleiche wie Artikel 16a GG. Niemand habe ein Anrecht auf Asyl, der aus einem anderen sicheren Land oder Drittstaat einreist. Die Rechtslage sei da ganz, ganz klar.

Auf die Frage, wie es aber dann möglich sei, dass das geltende Recht nicht eingehalten werde, ob das Grundgesetz überhaupt noch eine Rolle spielt, antwortete er, das frage er sich auch. Das sei das grosse Problem der deutschen Migrationspolitik: Man beklage, dass zu viele Flüchtlinge kommen, dass man zu viele oder zu wenige «Flüchtlinge» abschiebe – aber das Entscheidende sei, dass die Bundesregierung gesetzlich verpflichtet sei abzuschieben, ja dass sie die Leute gar nicht erst aufnehmen dürfte.

Das Schwierige sei, dass die Bundesregierung da nicht verklagt werden könne, da dazu nur jemand berechtigt, der «selbst betroffen ist, der ein subjektives Recht hat». Da gebe es aber in diesem Falle niemanden. Die Bundesrepublik könne jedoch von den anderen EU-Staaten die Einhaltung des Dublin-Abkommens verlangen und sie darauf beim Europäischen Gerichtshof verklagen. Doch das geschehe eben nicht.

Das entscheidende Jahr, in dem die Missachtung des Grundgesetzes begonnen habe, sei 2015 gewesen. «Merkels damalige Entscheidung, die Grenzen aufzumachen und alle Menschen beliebig reinzulassen, war ein eklatanter Rechtsbruch – und der ist bis heute nicht geheilt worden.»

Und da sie als Bundeskanzlerin gehandelt habe, gebe es eben niemanden, der sie verklagen könnte.

Das Einzige, was man hätte tun können, wäre, sie abzuwählen. Dies sei damals auch durch ein Misstrauensvotum möglich gewesen. Dies habe aber nie zur Debatte gestanden, und es hätte dafür auch keine Mehrheiten gegeben. Aus diesem Grunde sei das ganze Dilemma erst entstanden.

Merkel habe als ihr Motiv von «Humanität» gesprochen.

«Humanität ist immer gut und wichtig. Aber die Flüchtlinge, mit denen es begann, sassen in Budapest, also in Ungarn. Ungarn ist bekanntlich ein Land der EU. Das heisst: Die Menschen hätten dortbleiben müssen und ihre Asylverfahren durchführen müssen, und als sie zu uns kamen, hätten sie nach geltendem Recht nach Ungarn zurückgeschickt werden müssen. Das hat Angela Merkel nicht getan. Sie ist sogar noch weiter

gegangen und hat die deutschen Grenzen geöffnet – bekanntlich mit dem unsinnigen Satz: «Dreitausend Meter Grenze kann man nicht schützen, kann man nicht abdichten.» Deshalb konnten die Leute damals ungehindert zu uns hereinströmen. Das war die Situation von 2015, unter der wir bis heute leiden.» Dieses Handeln sei natürlich gegenüber den Deutschen keine Humanität gewesen.

Auf die Bemerkung der Interviewerin: Aber es müsse doch einen politischen Grund gegeben haben! Sie habe einmal mit Willy Wimmer gesprochen, der gesagt habe: «Flüchtlingsströme werden gemacht», sagte Prof. Scholz: «Natürlich werden sie gemacht! Man sieht doch, wie es organisiert wird – über den Balkan, von Schleppern und ähnlichem.»

Das habe Merkel natürlich auch gewusst. Aber warum sie trotzdem so gehandelt habe, auf diese Frage habe er keine Antwort. Da werde man von ihr auch keine Antwort bekommen.

Auf die Frage, was aus seiner Sicht notwendig wäre, um Asylverfahren rechtssicherer zu gestalten, antwortete Prof. Scholz: «Dazu wäre gar nichts anderes notwendig, als endlich das Grundgesetz – und Dublin – einzuhalten! Nichts anderes muss geschehen.»

Die Bundesregierung müsse entsprechend handeln, und alle Minister müssten verpflichtet werden, ihren grundgesetzlichen und gesetzlichen Pflichten gerecht zu werden. Aber das geschehe eben nicht.

Selbst wenn die CDU es wirklich wolle – es wäre mit der SPD auch nicht machbar. Es laufe deshalb darauf hinaus, dass die Bevölkerung immer mehr Flüchtlinge versorgen müsse, und das koste Geld, viel Geld. Das Problem werde immer grösser – aber es werde nach wie vor nicht dagegen gehandelt.¹

Aber es ist natürlich nicht nur die wachsende finanzielle Belastung, sondern es findet zugleich ein ungeheuer Anstieg der Kriminalität durch das ungehinderte Miteinströmen von verbrecherischen Elementen und damit ein eklatanter Verlust der inneren Sicherheit statt², ein Ausbreiten freiheitswidriger Clan-Zusammenhänge und Religionen³ und das absehbare Abrutschen des deutschen Volkes mit seiner freiheitlichen Kultur in die Minderheit.⁴

Die herrschenden Parteidiktatoren, die ständig von «unserer Demokratie» und der «freiheitlich-demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes» reden, die es gegen rechtsextreme Bewegungen zu verteidigen gelte, arbeiten intensiv ausserhalb der «freiheitlich-demokratischen Grundordnung» gegen die Verfassung und gegen das eigene Volk.

Auf diesem Blog ist schon sehr früh auf diese ungeheuren Machenschaften hingewiesen worden.

Die Hintergründe

Prof. Scholz hält sich beim Thema der organisierten Migrationsströme noch zurück. Wir haben auf diesem Blog ausgiebig über die Organisatoren und Förderer der internationalen Massenmigration hingewiesen, insbesondere die UNO mit ihrem Migrationspakt, die EU und US-Kreise.⁶ Einzelne Persönlichkeiten haben die wahren Ziele, die Vernichtung der homogenen Völker mit ihren spezifischen Kulturen, ungeschminkt ausgesprochen.

So sagte der UN-Sondergesandte für Migration, der Ire Peter Sutherland, am 30. September 2015 im US-Think Tank «Council on Foreign Relations»: Wer «mir sagt, dass ich dazu entschlossen sei, die Homogenität der Völker zu zerstören, hat verdammt nochmal absolut recht! (»dead bloody right«) Genau das habe ich vor! (Applaus, Gelächter). Wenn ich es morgen tun könnte, würde ich sie zerstören, mein eigenes Volk eingeschlossen.»⁷

Der niederländische Sozialdemokrat Frans Timmermans, Erster Vizepräsident der EU-Kommission und EU-Kommissar für «Bessere Rechtssetzung, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechtecharta», forderte während des sog. «Grundrechte-Kolloquiums der EU» im Oktober 2015 Mitglieder des EU-Parlaments auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, «monokulturelle Staaten auszuradieren» und den Prozess der Umsetzung der «multikulturellen Diversität (Vielfalt)» bei jeder Nation weltweit zu beschleunigen. Die Zukunft der Menschheit beruhe nicht länger auf einzelnen Nationen und Kulturen, sondern auf einer vermischten Superkultur. Die Masseneinwanderung von moslemischen Männern nach Europa sei ein Mittel zu diesem Zweck.⁸

Der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy sagte bereits am 17.12.2008 vor der Elitehochschule «École polytechnique» in Palaiseau, einem Stadtteil von Paris: «Was also ist das Ziel? Das Ziel ist die Rassenvermischung. Die Herausforderung der Vermischung der verschiedenen Nationen ist die Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Es ist keine Wahl, es ist eine Verpflichtung!!! Es ist zwingend!!!»⁹

Die deutschen Machthaber dienen als willige Handlanger und Erfüllungsgehilfen der Globalisten.

1<https://ansage.org/migrations-im-spannungsfeld-zwischen-recht-und-oeffentlicher-meinung-dr-rupert-scholz-im-interview/>

2<https://fassadenkratzer.de/2019/08/01/regierung-fuehrt-vorsaetzlich-den-verfall-der-inneren-sicherheit-herbei-und-foerdert-schafataten/>

3<https://fassadenkratzer.de/2024/12/06/bewusst-importierte-feinde-der-freien-individualitat/>

4<https://fassadenkratzer.de/2023/02/13/das-deutsche-leben-stirbt-ein-weck-und-aufruf-von-imad-karim-an-die-deutschen/>

<https://fassadenkratzer.de/2023/09/29/die-zerstorung-von-volk-und-kultur-der-deutschen-ein-menschenrechtsverbrechen/>

5<https://fassadenkratzer.de/2017/01/25/fortgesetzter-verfassungs-und-gesetzesbruch-der-regierenden/>

<https://fassadenkratzer.de/2018/06/01/verfassungsklage-gegen-regieren-nach-art-einer-raeuberbande/>

6Siehe <https://fassadenkratzer.de/inhaltsverzeichnis/> Westlicher Imperialismus – Massenmigration

7<https://fassadenkratzer.de/2018/04/20/uno-eu-und-usa-kreise-planen-seit-jahrzehnten-die-massenmigration/>

8wie Anm. 7

9wie Anm.7 mit weiteren Nachweisen

Quelle: <https://fassadenkratzer.de/2025/11/19/die-rechtsfreie-masseneinwanderung-krieg-der-herrschenden-gegen-das-eigene-volk/>



Titelbild: Fotogrin / Shutterstock

Ein Artikel von Alexander Neu, 18. November 2025 um 10:00

Am Rande des NATO-Gipfels in Washington 2024 entschieden der damalige US-Präsident Biden und Bundeskanzler Olaf Scholz mal eben so nebenbei, am Deutschen Bundestag und am Willen der deutschen Öffentlichkeit vorbei, die Stationierung diverser US-Mittelstreckensysteme in Deutschland. Eine Debatte im Deutschen Bundestag, die die Tragweite dieser Entscheidung würdigen würde, gibt es dazu bis heute nicht. Ob der mittlerweile völlig aus dem öffentlichen Gedächtnis verschwundene damalige Bundeskanzler überhaupt kognitiv kapiert hat, was er da getan hat? Von seinem Alter her dürften ihm die damaligen Debatten und Proteste der frühen 1980er-Jahre zum NATO-Doppelbeschluss eigentlich nicht entgangen sein.

Von Alexander Neu.

Diese Mittelstreckensysteme sollen 2026, also im kommenden Jahr, stationiert werden. Und selbstverständlich, wie könnte es auch anders sein, sollen sie unter US-Kontrolle verbleiben, soll heißen: Erneut haben wir damit die Situation, dass ein Drittstaat – die USA – auf deutschem Staatsgebiet seine Waffen stationieren und allein über deren Einsatz verfügen wird. Da das Jahr 2025 sich seinem Ende nähert und das mediale sowie öffentliche Interesse an der Stationierung dieser Waffensysteme mal wieder «eingeschlafen» ist, ist es angebracht, das Thema angesichts seiner Tragweite wiederzubeleben. Denn tatsächlich steht die öffentliche Aufmerksamkeit in keinem Verhältnis zur militärischen Relevanz dieser Waffensysteme. Daher sollen im Folgenden diese Waffensysteme vorgestellt und deren sicherheitspolitische Bedeutung erläutert werden. Doch zunächst eine kleine Retrospektive.

NATO-Doppelbeschluss

Die damalige sozial-liberale Regierungskoalition unterstützte die Politik des NATO-Doppelbeschlusses (1979) als Reaktion auf die vorherige Stationierung sowjetischer nuklearbestückter oder bestückbarer Mittelstreckenraketen (SS-20) im europäischen Bereich der UdSSR. Dem gingen wiederum die Modernisierung der US-Nuklearwaffen in einigen europäischen NATO-Staaten voraus und so weiter und sofort. Diese Eskalationsspirale hätte sich immer weiterdrehen lassen. Aber der NATO-Doppelbeschluss beinhaltete zwei Beschlussebenen (daher Doppelbeschluss), die in ihrer Kombination letztlich diese Eskalationsspirale durchbrachen: erstens die Stationierung dieser US-Mittelstreckensysteme (Pershing II-Raketen und bodengestützten Marschflugkörper) in Europa; und gleichzeitig, also zweitens, damit Moskau ein Verhandlungsangebot zur Abrüstung dieser Systeme auf beiden Seiten zu unterbreiten. Die Verhandlungen begannen tatsächlich 1980 und endeten 1987 mit dem INF-Vertrag (Intermediate Nuclear Forces), der das Wettrüsten

im nuklearen Mittelstreckenbereich für über 30 Jahre beenden und dieses Waffensystem verbannen sollte – dazu mehr weiter unten.

Angesichts des NATO-Doppelbeschlusses und der zunehmenden Spannungen zwischen Ost und West in der ersten Hälfte der 1980er-Jahre kam es zu massenhaften Protesten in der westdeutschen Gesellschaft. Auf der Bonner Hofgartenwiese kam es 1981 zu einer der grössten Massendemonstrationen in der Geschichte der Bundesrepublik. Die Bonner Politklasse verlor zunehmend die Unterstützung für ihren sicherheitspolitischen Kurs. Die Grünen, damals noch eine Friedenspartei, erhielten durch die Proteste Aufwind. Das politische Bewusstsein, was Krieg und vor allem ein Nuklearkrieg bedeuten würde, war damals in der Breite der Gesellschaft noch präsent – waren doch die protestierenden Generationen Kinder und Enkelkin der des Zweiten Weltkrieges, die den Krieg noch miterlebten oder aus erster Hand von ihren Eltern und Grosseltern erzählt bekamen. Auch ich lauschte damals gebannt den Erzählungen meines Grossvaters und meines Grossonkels, wenn sie mir ihre Kriegserlebnisse erzählten.

Nun aber, zwei Generationen weiter, gibt es diese gemachten Erfahrungen und Erzählungen aus erster Hand nicht mehr. Die Kriegsgeneration ist tot, und damit schwächt sich auch die Vermittlung des Wissens über das Grauen des Krieges ab. Man könnte den Eindruck gewinnen, dass es in den jüngeren Generationen (Geburtszeiten ab Mitte der 1980er-Jahre) überhaupt kein Bewusstsein für die Schrecken des Krieges mehr gibt. Die ausgelutschten Propagandalösungen scheinen ohne Weiteres wieder zu verfangen – ganz so, als hätte es die antimilitaristische Aufklärung der 1970er- und 80er-Jahre nicht gegeben. «Bundeswehr in Schulen» ist zur Normalität geworden, Begriffe wie „Kriegstauglichkeit“ gehören zum guten Ton in Politik und Medien. All dies wäre in den 1980er-Jahren undenkbar gewesen.

Proteste auf den Strassen gegen den Rutschbahneffekt in den Ukraine-Krieg sind nicht wirklich zu vernehmen. Wenn eine Fussball-Europa- oder -Weltmeisterschaft stattfindet, ist beim «Public Viewin» die Strasse des 17. Juni vom Brandenburger Tor bis zur – im Berliner Sprachgebrauch – «Goldelse» [vergoldete Bronzestatue der Siegesgöttin Viktoria auf der Berliner Siegessäule – Anm. d. Red.] voll mit begeisterten Menschen. Nicht minder beim Christopher Street Day. Geht es hingegen um den Frieden in einer Zeit, die als objektiv sehr gefährlich bewertet werden muss und durchaus die Qualität der Kuba-Krise 1962 aufweist, erscheinen, wenn überhaupt, ein paar Tausend Menschen, vornehmlich ab 60 Jahren aufwärts. Offensichtlich sind organisierte Spassveranstaltungen dann doch wichtiger im Leben der Menschen als ihr eigenes Leben selbst, anders ist die Prioritätensetzung der Menschen kaum noch zu verstehen – man möge mir den Sarkasmus nachsehen.

Jedenfalls sind die Gefahren der Stationierung von nuklear bestückten oder nuklear bestückbaren Mittelstreckensystemen nicht geringer als in den 1980er-Jahren – im Gegenteil. Die Gefahren wurden seinerzeit als so erheblich eingeschätzt, dass 1987 der INF-Vertrag (Intermediate Range Nuclear Forces) zwischen den USA und der UdSSR abschliessend vereinbart wurde, der die totale Abrüstung und das ausnahmslose Verbot aller landgestützten Mittelstreckensysteme (Reichweitenbestimmung 500 bis 5500 Kilometer) besiegelte. Der Plan des NATO-Doppelbeschlusses von 1979 ist letztlich im Abschluss dieses bilateralen INF-Vertrages 1987 aufgegangen.

Nun jedoch kommen zwei Momente hinzu, die das Gefahrenniveau sogar erhöhen: Erstens werden diese Mittelstreckensysteme, anders als beim NATO-Doppelbeschluss, ausschliesslich in Deutschland stationiert statt in mehreren europäischen Ländern, womit sich die russischen Zielkoordinaten einmal mehr auf Deutschland fokussieren dürften. Zweitens ist die Stationierung nicht mit einem Verhandlungsangebot an Moskau («Doppelbeschluss») gekoppelt, womit seinerzeit die Eskalationsspirale hinsichtlich dieser Waffensysteme unterbrochen werden konnte. Diese Option des Verhandlungsanreizes zur gegenseitigen Abrüstung wurde hier nicht mitgedacht. Die Konsequenz dürfte die Fortsetzung der Rüstungsskalation auch im Bereich der Mittelstreckensysteme sein – sowohl mit nuklearen als auch konventionellen Sprengköpfen. Bekannterweise wurde der INF-Vertrag 2019 von den USA einseitig gekündigt mit dem Hinweis, Russland habe ihn mit der Entwicklung eines Marschflugkörpers, der in den Mittelstreckenbereich hineinfliegen könne, verletzt. Russland wiederum bestritt eine Reichweite des Systems von über 500 Kilometern, sah sich also INF-vertragskonform. Im Gegenzug beschuldigte Russland die USA, mit der Stationierung des Launcher-Systems Mk 41 im Kontext der NATO-Raketenabwehr in Polen und Rumänien auch die Möglichkeit zu haben, Marschflugkörper des Typs «Tomahawk» von dort verschiessen zu können und damit selbst gegen den INF-Vertrag zu verstossen.

Diese Möglichkeit bestritt die US-Administration zunächst vehement. Allerdings versäumte sie es, ihr Word-ing mit dem Hersteller des Mk 41- Launchersystems, Lockheed Martin, zu harmonisieren. In dem fact sheet [technische Beschreibung/Daten des Herstellers – Anm. d. Red.] von 2019 mit dem Titel «MK41 VERTICAL LAUNCHING SYSTEM» erklärte das Rüstungsunternehmen in eigentlich recht verständlicher und typischer Werbesprache:

«Dies ist eine einzigartige Fähigkeit des MK 41 VLS. Zu den derzeit in das MK 41 VLS integrierten Raketen gehören die Evolved Sea Sparrow Missile (ESSM), der Tomahawk-Marschflugkörper [Hervorhebung A.N.], die Standard Missile 2, die Standard Missile 3, die Standard Missile 6 und die Vertical Launch ASROC (VLA).»

(„This is a capability unique to MK 41 VLS. The missiles currently integrated with MK 41 VLS include Evolved Sea Sparrow Missile (ESSM), Tomahawk Cruise Missile, Standard Missile 2, Standard Missile 3, Standard Missile 6 and Vertical Launch ASROC (VLA)
(Quelle: Lockheed Martin)

Wie auch immer die gegenseitigen Beschuldigungen begründet oder unbegründet sein mögen – hervorhebenswert ist, dass beide Seiten keine grösseren Anstrengungen zur Rettung des INF-Vertrages unternommen haben, es fehlte schlichtweg der politische Wille. Die Europäer ihrerseits stellten mal wieder einen sicherheitspolitischen Trauerfall dar, obschon sie allein unter dem Einsatz von Mittelstreckensystemen zu leiden hätten und somit deren Engagement zur Rettung des Vertrages naheliegender hätte sein müssen. So unterbreitete die russische Seite unter anderem Deutschland im Jahr 2019 ein Angebot, Experten zur Verifikation des in der Kritik stehenden Marschflugkörpers zu entsenden. Es wurde seinerzeit abgelehnt – auch mit dem erstaunlichen Hinweis, es sei ein bilateraler Vertrag zwischen den USA und Russland, da könne man sich nicht einmischen – so die Antwort auf meine damalige schriftliche Frage als Obmann im Verteidigungsausschuss. Diese Antwort hat mich ratlos zurückgelassen. Wie infantil, ja geradezu willig und unterwürfig man die Sicherheit Europas einer fremden transkontinentalen Macht gänzlich überlässt, ist mehr als verstörend.

US-Mittelstreckensysteme – Fähigkeiten und Gefahren

Die neuesten Entwicklungen von Mittelstreckensystemen sind angesichts ihrer noch höheren Geschwindigkeit oder Flugweise (Marschflug) für den Gegner noch weniger berechenbar, was seine Reaktionszeiten weiter mindert und somit die Gefahren des nuklearen Gegen- oder Zweitschlages weiter erhöht.

Es handelt sich konkret um drei Mittelstreckensysteme: die SM 6, der Tomahawk-Marschflugkörper sowie das Dark-Eagle-System, eine Hyperschallwaffe.

Tomahawk

- Typus: Marschflugkörper
- Geschwindigkeit: ca. 900 km/h
- Flugbahn: Marschflug, d.h. horizontal über der Bodenlinie
- Sprengkopf: gegenwärtig konventioneller Sprengkopf, könnte jedoch mit nuklearem Sprengkopf modifiziert werden
- Reichweite: unterschiedliche Angaben verweisen auf 1.600 – 2.000 Kilometer
- Einsatzzweck: Bekämpfung militärischer Hochwertziele (Kommando- und Kommunikationszentren, Radare und Luftabwehrsysteme).
- Indienststellung: ab 1983

SM 6 (Standard Missile 6):

- Typus: Rakete
- Geschwindigkeit: Mach 3 [ca. 3.700 km/h – Anm. d. Red.]
- Flugbahn: gelenkte Flugphase
- Sprengkopf: konventioneller Sprengkopf
- Reichweite: unterschiedliche Angaben von 370 – 740 Kilometer
- Einsatzzweck: Flugabwehr, See- und Landziele
- Indienststellung: 2013

Dark Eagle:

- Typus: Hypersonischer Gleiter
- Geschwindigkeit: Mach 5 [ca. 6100 km/h – Anm. d. Red.]
- Flugbahn: manövrierfähiger Gleitflug auf den Atmosphärenschichten
- Sprengkopf: konventioneller Sprengkopf
- Reichweite: ca. 2.800 Kilometer
- Einsatzzweck: Zerstörung militärische Hochwertziele wie Langstreckensysteme und Kommandoposten etc.
- Indienststellung: vermutlich Ende 2025

S

trategische Bedeutung der Fähigkeiten

Die Reichweite der drei Trägersysteme – bestückbar mit bislang konventionellen (aber auch umrüstbar auf nukleare) Sprengköpfen – liegt im Bereich der Mittelstreckendefinition (500 – 5500 Kilometer) des nicht mehr existierenden INF-Vertrages. Damit handelt es sich eindeutig um bodengestützte Mittelstreckensysteme. Die Fähigkeiten (Hyperschallgeschwindigkeit und Marschflug) und damit die Möglichkeit der Vernichtung von strategischen Hochwertzielen – politische und militärische Führung des gegnerischen Landes, Zerstörung seiner nuklearen (Zweitschlags-)Fähigkeiten und seiner Kommunikations- und Führungsfähigkeiten

– machen diese Systeme von der Fähigkeit her zu strategischen Systemen; nicht anders als auch die neuen russischen Hyperschall-Waffen gegenüber dem Westen.

Hierzu schreibt der Bundeswehr-Oberst a. D. und sicherheitspolitische Experte Wolfgang Richter (früher Mitarbeiter der «Stiftung Wissenschaft und Politik» sowie Publizist) in einer Kurzstudie mit dem Titel «Stationierung von U.S. Mittelstreckenraketen in Deutschland – Konzeptioneller Hintergrund und Folgen für die europäische Sicherheit» für die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung:

«Die Stationierung landgestützter Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite von knapp 3000 km hat das Potential, von Deutschland aus Ziele von strategischer Bedeutung in der Tiefe Russlands nach kurzer, verdeckter Vorbereitung anzugreifen. Gegenüber see- und luftgestützten Systemen sind die verbleibenden Warnzeiten erheblich reduziert. Die Stationierung verändert somit das strategische Gleichgewicht zwischen den USA und Russland. Die Bedrohung vitaler Sicherheitsinteressen Moskaus allein als eine Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zu rechtfertigen, greift angesichts der schwerwiegenden Folgen zu kurz. Denn eine Ausweitung des Konflikts auf ganz Europa und eine Gefährdung der strategischen nuklearen Stabilität muss verhindert werden.»

Bedauerlicherweise scheint die sozialdemokratische Führungsriege die Expertisen ihrer eigenen Stiftung nicht zu lesen und erst recht nicht diese zu verstehen.

Da die neuen russischen Hyperschallwaffen von taktischer Reichweite als Reaktion auf den Aufbau von ABM-Systemen der NATO bereits das strategische Gleichgewicht zu Gunsten Moskaus verändert haben, wäre die Stationierung der US-amerikanischen Mittelstreckensysteme in Deutschland eine US-Reaktion auf eine russische Reaktion. Dieses Spielchen des «du hast zuerst angefangen» kann man sicherlich bis in die Steinzeit zurück diskutieren. Die massive Gefahr dieser Mittelstreckenwaffensysteme erlaubt jedoch keine Schuldzuweisung, sondern erfordert vielmehr den Verhandlungsbeginn zu einer Neuauflage des INF-Vertrages – zwischen Russland, den USA und Deutschland.

Dass es machbar ist, zeigt der INF-Vertrag von 1987. Selbst wenn eine vollständige Zerstörung dieser Systeme – aus welchen fadenscheinigen Gründen auch immer – nicht machbar sein sollte, so wäre eine verifizierbare Rückdislozierung dieser Waffen hinter den Ural in den asiatischen Bereich der Russischen Föderation sowie eine Nichtstationierung der US-Systeme in Europa, hier Deutschland, eine gangbare Lösung, wenn denn der politische Wille bestünde – auch in Deutschland.

Und hier kommt wieder der deutsche Michel ins Spiel, denn Politik reagiert auf Druck: Wird also der deutsche Michel gegen die Stationierung massenhaft auf die Strasse gehen und somit Druck auf die Bundesregierung ausüben? Vermutlich nicht, denn es handelt sich ja nicht um ein Fussball-Länderspiel, das sein Gemüt erregen könnte. Oder die sonst viel gelobte organisierte Zivilgesellschaft wie «Omas gegen rechts» oder «Fridays for Future»? Wie wäre es zur Abwechslung mal mit «Omas gegen Krieg» – denn was ist rechter als Krieg, dessen Wesen auf dem Darwin'schen Gesetz des Stärkeren gegen den Schwächeren beruht? Wie wäre es mit «Fridays for peace» – sind denn Aufrüstung und Krieg etwa kein Klimakiller?

Festzustellen bleibt hier ein Totalausfall dieser so aufgeklärten Omas und hyperaktiven und verzweifelten, sich auf der Strasse festklebenden Klimakids.

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=142251>



Mit einer von den Regierungsfraktionen initiierten «Aktuellen Stunde» zur Russland-Politik der AfD haben die «Volksparteien» eine neue Kampagne gegen die grösste Oppositionspartei gestartet. Und mit ihrer Teilnahme an Talkshows in ÖRR-Sendern haben Top-Politiker der AfD letzte Woche neuen Treibstoff für die Debatte geliefert. Zusätzlich angetrieben wurde der Schusswechsel durch Spekulationen um einen möglichen Dissens an der AfD-Spitze hinsichtlich einer Drohnengefahr für die EU und einer baldigen Russlandreise von AfD-Abgeordneten. Eine neue Ausgabe der O-Töne. Von Valeri Schiller.

AfD-Co-Vorsitzender Tino Chrupalla am 11. November 2025

«Ich argumentiere hier als deutscher Politiker. Mir hat er [Putin – Anm. der Red.] nichts getan (...)

Ich sehe keine Gefahr für Deutschland aktuell durch Russland (...)

Jeder hat seinen Kiesewetter, und das [Russlands Ex-Präsident Dmitri Medwedew. – Anm. der Red.] ist der Herr Kiesewetter Russlands.

Moderator: Sie vergleichen jetzt Kiesewetter mit Medwedew? Im Ernst jetzt?

Chrupalla: Ja, warum nicht? Natürlich. Das ist genauso Propaganda wie Herr Kiesewetter hier. Er droht hier und er möchte hier den Krieg nach Russland hineinragen.

Moderator: Also Medwedew und Kiesewetter sind für Sie «same same»?

Chrupalla: Die gibt es natürlich auch in Russland. Ich vergleiche es. Man kann alles vergleichen.»

(Quelle: ZDF Heute Nachrichten, ab Minute 3:21 und ab Minute 4:07 und ab Minute 6:16)

CDU-Aussenpolitiker Roderich Kiesewetter am 13. November 2025

«Chrupalla ist jetzt massiv unter Druck in der eigenen AfD. Das heisst, diese Partei merkt, dass sie einen Russland-Troll an der Spitze haben, jemanden, der im Auftrag Putins Propaganda verbreitet und einen frei gewählten Abgeordneten mit einem Kriegsverbrecher vergleicht. Ich glaube, es fällt jetzt dem letzten verqueren AfD-Anhänger auf, dass etwas im Kopf eines Handwerksmeisters aus Görlitz nicht stimmt»

Quelle: WELT TV, ab Minute 3:51)

Stellv. AfD-Fraktionschef Markus Frohnmaier / Stellv. CDU-Fraktionschef Norbert Röttgen am 11. November 2025

«Moderatorin: Geht von Putins Russland eine Gefahr für Deutschland aus?

Röttgen: Eindeutig ja.

Frohnmaier: Nein. (...)

Röttgen: Allein diese Aussage jetzt heute Abend «Geht von Putins Russland eine Gefahr aus?», und die eindeutige Antwort ist «Nein», zeigt ja schon, dass Sie eindeutig – Sie als Person in besonderer Weise, aber auch die Partei, Sie sind ja der stellvertretende Fraktionsvorsitzende – im Interessenlager Putins stehen. Das ist der Kern Ihrer Aussenpolitik – die Interessen Putins in Deutschland zu vertreten.»

(Quelle: Tagesschau, ab Minute 1:33 und ab Minute 2:59)

Irene Mihalic, Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen, am 5. November 2025

«Die AfD leugnet den hybriden Krieg, den Russland auch gegen Deutschland führt, und Herr Chrupalla nimmt den Aggressor auch noch in Schutz. Drohnenüberflüge, Sabotage in der kritischen Infrastruktur, Cyberangriffe – es ist ganz offensichtlich, meine Damen und Herren, dass Russland es auf unsere Sicherheit abgesehen hat, und die AfD lässt sich als Trojanisches Pferd für die Interessen des Kremls einspannen.»

(Quelle: Deutscher Bundestag, ab Minute 21:36)

CDU-Bundestagsabgeordneter Haiko Hain am 5.11.2025

«Wir haben es mit einer Partei zu tun, die sich von russischen Propaganda-Medien feiern lässt, mit Landtagsabgeordneten, die Geburtstagsfeiern für Putin in der russischen Botschaft besuchen und dabei dem Botschafter zur Weitergabe an den Kreml eine goldene Gedenkmünze mit dem Titel «Patriot Wladimir Putin» überreichen, und eine Partei, deren Abgeordnete Besuchergruppen in die russische Botschaft geleiten.»

(Quelle: Deutscher Bundestag, ab Minute 1:07:14)

SPD-Abgeordnete Sonja Eichwede am 05. November 2025

«Gerade diese Woche hat doch die AfD-Fraktion wieder entschieden, dass die Abgeordneten Kotré und Rothfuss nach Russland fahren, um Russland-Kontakte wieder zu intensivieren. Und was sagt die Fraktionsführung? Sie sagt, bitte keine Fotos von den Terminen vor Ort zu machen und auch bitte nicht darüber zu reden, was sie denn eigentlich machen, nämlich Deutschlands Sicherheitsinteressen zu unterminieren.»

(Quelle: Deutscher Bundestag, ab Minute 14:42)

AfD-Co-Vorsitzende Alice Weidel am 11. November 2025

«Es ist nur noch ein Abgeordneter aus der Bundestagsfraktion, der nach Sotschi reist. Das ist der Abgeordnete Kotré, Herr Rothfuss wird hierbleiben. Und dementsprechend freuen wir uns auf die Gespräche, die

Herr Kotré dort führen wird – wir hoffen, wie versprochen, mit Wirtschaftsvertretern, um sich dort auch ein Bild zu machen. Das alles sage ich in dem Verständnis, dass der Treiber für solche Reisen, der ist, der gut gemeinte Treiber, alle Gesprächskanäle offen zu lassen. Denn ein Frieden, und da stimme ich zu, einen Frieden in Europa wird es nur mit Russland geben und nicht ohne Russland. Man muss miteinander reden. Ob dazu Sotschi, dieser Kongress Sotschi das geeignete Vehikel ist, das lasse ich mal dahingestellt. Ich selbst würde dort nicht hinreisen. Ich würde es auch niemandem empfehlen, weil ich nicht weiß, was letztendlich das Ergebnis sein soll»

(Quelle: AfD-Fraktion Bundestag, ab Minute 13:05)

AfD-Co-Vorsitzender Tino Chrupalla am 13. November 2025

«Also als Allererstes sind wir uns mit Frau Weidel einig, dass wir auch die Beziehungen gerade auch nach Russland offen halten und auch dort Gespräche suchen. Des Weiteren ist das Treffen in Sotschi ein BRICS-Treffen. Also es ist auch China dabei, Indien dabei, Südafrika dabei, Brasilien. Es geht also um viele wirtschaftliche Fragen. Die Kollegen, die dorthin reisen, haben ihre Reise ordnungsgemäß angemeldet, sie wurde genehmigt.»

(Quelle: ZDF-Morgenmagazin, ab Minute 5:33)

AfD-Co-Vorsitzende Alice Weidel am 22. September 2025

«Ich glaube, dass auch Russland dazu aufgerufen ist, sich deeskalierend zu verhalten und nicht noch zusätzlich den NATO-Luftraum zu verletzen und die Luftabwehrsysteme zu testen. Ich glaube, das hätte absolutes Potenzial zur weiteren Eskalation. Und es würde auch das Verhältnis zwischen Russland und den USA nach den Friedensbemühungen des US-amerikanischen Präsidenten nachhaltig beschädigen. Irgendwo muss sich Putin auch irgendwann bewegen. Und davon haben wir leider bislang zu wenig gesehen.»

(Quelle: WELT Nachrichtensender, ab Minute 1:02)

Bernd Baumann, Geschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion, am 13. November 2025

«Jetzt fährt auch nur noch einer hin [nach Russland. – Anm. der Red.]. Und auch nach aussen muss klar sein: die Grundpositionierung der AfD-Bundestagsfraktion – völkerrechtswidriger Angriffskrieg [in der Ukraine. – Anm. der Red.] Ist Russland prinzipiell eine Gefahr für uns? Da wird auch immer spekuliert, wie denken wir darüber. Und da müssen wir sagen: Russland ist das grösste Land der Erde mit tausenden Atomwaffen, Raketen, Panzern, Artilleriegeschützen. Das ist potenziell immer eine Gefahr, auf die wir uns einstellen müssen (...)

Wir glauben allerdings nicht, dass Putin 2029 jetzt irgendwie die NATO überfällt, wie Pistorius und andere das manchmal streuen (...)

Dann müssen auch die langfristigen Sicherheitsinteressen nicht nur der Ukraine, sondern auch Russlands gewahrt werden.»

(Quelle: WELT Nachrichtensender, ab Minute 2:08 und ab Minute 2:47 und ab Minute 3:00)

Titelbild: Screenshots ZDF Heute Nachrichten, WELT Nachrichtensender, AfD-Fraktion Bundestag, Deutscher Bundestag, Tagesschau, WELT TV

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=142238>



Titelbild: Markus Söder via Instagram

18. November 2025 um 9:00, Ein Artikel von: Jens Berger

12'501.30 Euro fielen in den ersten vier Monaten der Dienstzeit des deutschen Bundeskanzlers Friedrich Merz für Styling, Friseur, Visagisten und Fotografen an. Das ergab eine kleine Anfrage der AfD im August, über die der *SPIEGEL* gestern mit dreimonatiger Verspätung berichtete. Der *SPIEGEL* findet das «im Verhältnis zu der Bühne, auf der er steht», eigentlich schon ganz okay. Nun liesse sich über Merz Friseurkosten ja eine prächtige Glosse schreiben, doch dafür ist das Thema zu ernst, zeigt es doch, wie weit die politischen Eliten sich heute vom Ideal eines bescheidenen Staatsdieners entfernt haben.

Ein Kommentar von Jens Berger.

Können Sie sich vorstellen, dass Helmut Kohl einen Fotografen engagiert hätte, der ihn beim Saumagen-Essen ablichtet, nur um dann gar lustige Beiträge unter dem Hashtag #kohlisst auf den Sozialen Netzwerken zu posten? Oder können Sie sich vorstellen, dass ein Heer von Visagisten, Friseuren und Fotografen Willy Brandt beim Wandern mit Genossen im Teutoburger Wald begleitet hätte, um Social-Media-Content zu produzieren? Zugegeben, allein die Vorstellung davon ist absurd.

Heute ist diese Form der Inszenierung «normal». Markus Söder gibt pro Jahr rund 220'000 Euro nur für Fotografen aus, um *X* und *Instagram* pausenlos mit grenzwertigen #Söderisst-Beiträgen zu fluten, auf denen er sein ministerpräsidiales Gebiss meist mit Vorliebe herhaft in Fleischprodukte schlägt. Sicher, das könnte man als eine skurrile Form des Kulturkampfes sehen, mit der Söder *Volksnähe* demonstriert und gegen politisch korrekte *linksgrüne* Ernährungsempfehlungen polemisiert. Das kann er machen. Doch die 220'000 Euro für diese alles andere als selbstlose Selbstdarstellung zahlt er ja nicht selbst und sie stammen auch nicht aus dem Wahlkampfbudget der CSU, sondern aus den Steuergeldern der Bayerischen Staatskanzlei. Dass man über Social Media von Hinz und Kunz mit Blödsinn genervt wird, ist ja nicht neu. Dass man diesen Blödsinn aber auch noch über die Steuern selbst bezahlt, ist erbärmlich.

Und Markus Söder ist ja nur die Spitze des Eisbergs moderner Selbstdarstellung und Selbstverblödung auf Steuerzahlerkosten. Selbst der – im Vergleich zu Söder eher bieder daherkommende – Obergrüne Winfried Kretschmann kommt in der laufenden Amtszeit auf 100'000 Euro Kosten für Fotografen, bezahlt vom Steuerzahler in Baden-Württemberg. Wofür? Gute Frage. Da heute bei jedem Spatenstich auf einer schwäbischen Kuhbläke ja ein Blitzlichtgewitter wie auf dem roten Teppich in Hollywood einsetzt, stellt sich natürlich die Frage, welchen Mehrwert von Steuergeldern bezahlte Fotografen für die Öffentlichkeit eigentlich haben sollen. Mir fällt da keiner ein.

Doch die Fotografen selbst sind ja nur ein Teil der Selbstdarstellungskosten. Als öffentlich wurde, dass die damalige Aussenministerin Annalena Baerbock 136'500 Euro pro Jahr für eine persönliche Visagistin ausgibt, war die Aufregung wenn auch nicht gross, so doch zumindest wahrnehmbar. Aber klar, die berechtigte Kritik wurde ziemlich schnell erstickt und als «Sexismus» geframt. Sie wollte halt im Fernsehen «nicht aussen wie ein Totengräber», so Baerbock. Das muss man doch verstehen. Okay, mir ist kein Fernsehformat bekannt, bei dem man nicht vorher *in die Maske* muss und dort von Fachkräften fernsehauglich hergerichtet wird. Aber so eine persönliche Visagistin ist natürlich schon was anderes. Und so lange der dumme Steuerzahler diesen narzisstischen Luxus klaglos bezahlt, ist ja alles gut. Und klaglos ist er ja ohnehin, der Steuerzahler.

Von Annalena lernen, heissbt siegen lernen. Heutzutage scheinen die persönlichen Stylisten, Friseure, Visagisten und Fotografen im Kabinett zur Standardausrüstung zu gehören. In den ersten vier Monaten der schwarz-roten Koalition sind lt. AfD-Anfrage und *SPIEGEL* über 170'000 Euro allein für die Fotografen der Damen und Herren Bundesminister angefallen – darunter 33'700 Euro zum Ablichten von Lars Klingbeil und 19'000 Euro für schöne Bilder von Johann Wadephul. Auch hier geht es wohlgemerkt um «offizielle» Fotos; es ist ja nicht so, dass Klingbeil und Wadephul nicht permanent von freiberuflichen und angestellten Fotografen für die Medien abgelichtet werden und es einen Mangel an Bildern der Minister gäbe.

Und damit die «Diener des Volkes» auch präsentabel aussehen, kamen in den ersten vier Regierungsmonaten noch einmal fast 60'000 Euro für Visagisten und Friseure hinzu. Spitzenreiterin ist hier Bundeswirtschaftsministerin Katharina Reiche, deren Visagistin hat den Steuerzahler 19'264.76 Euro gekostet – davon entfallen übrigens 8324.11 Euro allein auf die Reisekosten. Dabei sieht die Dame doch gar nicht so schlimm aus. Obwohl ... Man kennt sie ja anscheinend nur professionell geschminkt, wer weiss, wie sie in natura aussieht.

Rechnet man die Ausgaben für die privaten Fotografen, Visagisten und Friseure des Bundeskabinetts hoch, kommt man auf die stolze Summe von 690'000 Euro pro Jahr. Das dürfte ungefähr den Kosten für acht Lehrer, Polizisten oder Sozialarbeitern entsprechen. Bezahlt vom Steuerzahler. Doch wofür? Zumindest mir wäre ein Minister lieber, der «wie ein Totengräber» aussieht und vernünftige Dinge sagt und eine vernünftige Politik verfolgt. Und was ikonische Bilder angeht, waren die privaten Schnapschüsse von Willy Brandt ohnehin besser und authentischer als alle nervigen inszenierten Bilder von einem mampfenden Markus Söder zusammen.

Die Selbstinszenierungssucht der Politeliten zeigt jedoch mehr: eine kaum noch zu fassende Abgehobenheit. In den Tagen, als das Volk von absolutistischen Herrschern regiert wurde, war es vollkommen normal, dass Frau Kaiserin oder Herr König eine ganze Heerschar von Kammerdiennern und -zofen und Hofmalern

hatten, die ihr öffentliches Bild prägten. Im demokratischen Ideal sollten die ‹Herrschenden› jedoch eigentlich eher Diener des Volkes sein, die sich nicht durch royalen Pomp vom gemeinen Volk abheben. Doch diese Zeiten sind offenbar vorbei.

Natürlich – gemessen an den absurdnen Milliardensummen, die die professionell gestylten und inszenierten Damen und Herren für die Rüstung ausgeben, sind die Kosten für Visagisten, Friseure und Fotografen in der Tat Peanuts. Der eigentliche Skandal sind daher auch gar nicht die Kosten selbst; sondern die Selbstverständlichkeit, mit der dieser volksferne Narzissmus der Politikeliten heutzutage angesehen wird.

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=142244>

Deutschland hebt teilweise Aussetzung von Waffenexporten nach Israel auf. Deutschland ist nach den USA der zweitgrösste Waffenlieferant Israels.

Dave DeCamp

Deutschland erklärte am Montag, dass es die teilweise Aussetzung von Waffenexporten nach Israel, die es im August für Waffen verhängt hatte, die im Gazastreifen eingesetzt werden könnten, aufheben werde.

Der Sprecher der Bundesregierung, Sebastian Hille, sagte, Berlin werde ab dem 24. November zu seiner bisherigen Politik zurückkehren. «Die Regierung wird grundsätzlich wieder zu Einzelfallprüfungen bei Entscheidungen über Waffenexporte zurückkehren und auf weitere Entwicklungen reagieren», sagte er.

Hille erklärte, dass das von den USA vermittelte Waffenstillstandsabkommen, gegen das Israel wiederholt verstossen hat, die ‹Grundlage für diese Entscheidung› sei und dass ‹wir erwarten, dass sich alle an die getroffenen Vereinbarungen halten›, wozu auch die ‹Aufrechterhaltung des Waffenstillstands› gehöre.

Deutschland ist nach den Vereinigten Staaten der zweitgrösste Waffenlieferant, der während des gesamten Völkermords uneingeschränkt Waffen nach Israel exportierte. Nach Angaben des Stockholmer Internationalen Friedensforschungsinstituts (SIPRI) entfielen von 2019 bis 2023 99% der Waffenimporte Israels auf die USA und Deutschland, wobei die USA 69% und Deutschland 30% lieferten.

Deutschland erklärte zwar, dass es die Lieferung von Waffen, die Israel in Gaza einsetzen könnte, ausgesetzt habe, lieferte aber weiterhin Waffen, die es als ‹defensiv› betrachtete. Nach Angaben der deutschen Nachrichtenagentur dpa genehmigte Berlin im September neue Waffenexporte nach Israel im Wert von mindestens 2,89 Millionen Dollar.

Der israelische Aussenminister Gideon Sa'ar erklärte, er ‹begrüsse› die Entscheidung des deutschen Bundeskanzlers Friedrich Merz, alle Waffenexporte nach Israel wieder aufzunehmen. «Ich fordere andere Regierungen auf, ähnliche Entscheidungen zu treffen und dem Beispiel Deutschlands zu folgen», schrieb Sa'ar auf X.

erschienen am 17. November 2025 auf > Antiwar.com

Quelle: https://antikrieg.com/aktuell/2025_11_18_deutschlandhebt

Facebook-Nutzer George Kwong: Reproduction is no longer exclusively a personal matter – Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit!


Overpopulation Awareness Group
+



George Kwong

Reproduction is no longer exclusively a personal matter. Society must have a voice and some power of direction in regulating this vital function. The desires of human couples are very important, but they must not neglect a consideration of society at large. The general welfare of this and future generations must be given increasing consideration as we develop plans for rational guidance of our procreation.

No person should be brought into the world unwanted and unneeded. No child should be conceived through carelessness. If each life is to have value, every conception must be part of an ordered plan of two parents who are aware of their responsibilities to that child and to society."

Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit. Die Gesellschaft muss bei der Regulierung dieser lebenswichtigen Funktion ein Mitspracherecht und eine gewisse Weisungsbefugnis haben. Die Wünsche der menschlichen Paare sind sehr wichtig, aber sie dürfen die Gesellschaft als Ganzes nicht ausser Acht lassen. Das allgemeine Wohlergehen dieser und künftiger Generationen muss bei der Entwicklung von Plänen für eine vernünftige Steuerung unserer Fortpflanzung verstärkt berücksichtigt werden. Kein Mensch sollte ungewollt und unbedarf auf die Welt gebracht werden. Kein Kind sollte durch Unachtsamkeit gezeugt werden. Wenn jedes Leben einen Wert haben soll, muss jede Zeugung Teil eines geordneten Plans von zwei Eltern sein, die sich ihrer Verantwortung für das Kind und die Gesellschaft bewusst sind.

George Kwong

Quelle:https://www.facebook.com/groups/136507913150251/posts/3119961688138177/?comment_id=3121554504645562¬if_id=1710329001813654¬if_t=group_comment



Über die Symbole der Schöpfungsenergielehre

Von Bernadette Brand, Schweiz

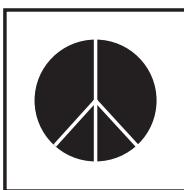
Grundsätzlich gilt: Jedes einzelne Symbol der Schöpfungsenergielehre ist absolut und völlig neutral, was auch für das Friedenssymbol gilt.

Ebenso grundsätzlich ist jedoch festzuhalten, dass jedes einzelne Symbol über eine eigene unverwechselbare und typische Formensprache verfügt, die es einzigartig macht. Zu dieser Formensprache gehören nicht nur die effektiven linearen Formen, sondern auch die Stellung des Symbols innerhalb des breiten schwarzen Rahmens, der für jedes Symbol unverzichtbar ist, sowie die Proportionen der Liniengravuren und – wenn vorhanden, auch für die Farben – folglich also insgesamt für das individuelle Gesamterscheinungsbild jedes Symbols, was nicht nur von Bedeutung, sondern sehr wichtig ist.

Bei der Formensprache handelt es sich um eine Art der archetypischen visuellen Kommunikation, durch die die unbewusste und bewusste Wahrnehmung des Betrachters angesprochen wird. Aufgrund des archetypischen jahrhunderttausende alten Wissens, das jedem Menschen aufgrund der in der ‹eigenen› Schöpfungsenergielinie gespeicherten Informationen zur Verfügung steht, nimmt sein Unbewusstes die ‹Botschaften› der Formensprache auf und beginnt sie aufgrund des in der Schöpfungsenergieform eingelagerten Wissens impulsiv zu interpretieren und richtig zu verstehen, wodurch dies dann entsprechende Impulse auslöst und diese an den alles überlagernden Bewusstseinskomplex weiterleitet und freigibt, der dann dem Symbol entsprechend zu reagieren beginnt und Assoziationen, Ideen und Reaktionen erzeugt, die im bewussten Bewusstsein aufgenommen und der Formensprache entsprechend verarbeitet sowie nach aussen als Handlung umgesetzt werden.

Jedes Symbol ist komplex und in sich absolut und in jeder Weise streng neutral und passiv. Es veranlasst also absolut nichts Negatives oder Positives im Bewusstsein des Menschen, sondern es ist explizit lediglich Ausdruck bzw. Träger bestimmter negativer, ausgeglichen oder positiver Informationen, deren Interpretationen durch den Menschen selbst erfolgen und geformt werden. Dies ergibt sich durch sein Denken, das durch die Einflüsse der Umwelt, wie Erziehung und gar Indoktrination aufkommt, das dann durch seinen

gesamten Bewusstseinskomplex umgesetzt und gesteuert wird, und zwar präzise und entsprechend den Informationswerten des jeweiligen Symbols.

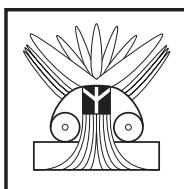


Das existierende und weltweit kursierende falsche «Friedenssymbol» mit der Todesrune, das wahrheitlich einem «Todessymbol» und «Hasssymbol» entspricht, wurde im Jahr 1958 vom britischen Grafiker Gerald Holtom im Auftrag der britischen Kampagne zur nuklearen Abrüstung erdacht und erstellt, und zwar ohne Vorauskenntnis, dass sein Werk Böses, Krieg, Verbrechen, Leid, Tod und Zerstörung fordern wird.

So wurde es also absolut unausweichlich, dass das falsche «Friedenssymbol» – das keltische «Todesrunesymbol» – bis heute Spaltung, Unfrieden und Zerstörung hervorruft, wie das täglich festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert und dieserart weltweit fälschlich genutzt wird und damit Unfrieden, Streit, Krieg, Terror und Tod verbreitet. Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Frieden, sondern mit Gewalt, Aggression, Zerstörung und Vernichtung zu tun hat.

Das Symbol «Tod, Todesexistenz», auf dem die Todesrune fußt – assoziiert Spaltung, Unfrieden, Hass, Krieg, Terror, Mord und Zerstörung, wie das täglich in immer krasserer Form festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert wird und weltweit Verbreitung gefunden hat. Was sich seit der Entstehung dieses 1958 erfundenen «Todessymbols» mit der Todesrune an bewaffneten Konflikten auf der Erde ergeben hat ist derart gravierend, wie es auf diesem Planeten zuvor niemals der Fall war. Es waren nämlich bis zum Monat Mai des Jahres 2024 deren 91 Aufstandskämpfe, Befreiungskriege, Besetzungskriege, Bürgerkriege, Grenzkriege, Invasionskriege, Religionskämpfe, Staatenkriege, Sezessionskriege, Terrorhandlungen und sonstige Waffenkonflikte zu verzeichnen, die viele Millionen Tote gefordert haben.

Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Wachstum, Fortschritt und Friedlichkeit zu tun haben kann, denn ein gestürzter Baum, dessen Krone zur Erde weist, ist der Inbegriff der Gewalt, des Endes, der Verrottung und des Sterbens. Da die meisten Menschen unkontrolliert denken, verarbeiten sie die archetypischen Informationen des Symbols auch in genau der Weise der Inhalte, die dieses Symbol umfänglich «umschreibt», weshalb sie dann unbewusst bzw. unkontrolliert und unbedacht alles dazu beisteuern, um den Sinn des Symbols umzusetzen und Tatsache werden zu lassen, ohne dem Verderben und dem Ende von dem das Symbol «spricht» auch nur das Geringste entgegenzusetzen. Dadurch, dass sich jene gläubigen Menschen, die das Todessymbol als Friedenssymbol missinterpretieren, ihre eigenen Gedanken und Regungen nicht bewusst machen und diese nicht kontrollieren, machen sie sich zu Sklaven des Inhaltes des Symbols – das grundsätzlich völlig neutral einfach einen bestimmten Zustand oder Umstand «beschreibt», den sie ungewollt und gläubig umsetzen und Wirklichkeit und Tatsache werden lassen.



Gegensätzlich zum Symbol «Tod, Todesexistenz» beinhaltet das Symbol «Frieden» eine reiche und auf Wachstum hinweisende Formensprache, die genau wie alle anderen Symbole völlig neutrale archetypische Informationen beinhaltet, die jedoch auf ein friedliches und reiches Wachstum, wie auch auf Ruhe und Fortschritt bzw. Evolution hinweisen und diese Aussage abschliessend beinhalten. Der lebensspralle Baum, dessen Krone in den Himmel weist und der auf einer sprudelnden Quelle thront, verspricht blühendes Wachstum sowie Gedeihen – was durch die stilisierte Lotosblume versinnbildlicht wird, die der Krone des Baumes entspringt – wodurch dieser zum eigentlichen Lebensbaum wird.

Die Betrachtung des Symbols weckt im Menschen friedliche und fortschrittliche Assoziationen und lässt diese hochkommen, wobei sie auf Gedeihen, Wachstum und eine reiche Ernte hinweisen, wodurch der Mensch wertvolle Regungen, Ahnungen und Ideen sowie Gedanken und ein Streben nach Friedlichkeit, Wachstum, Aufblühen und Fortschritt in sich auslöst und aufbaut, weil er sein eigenes untergründiges Wissen seiner Schöpfungslebensenergie anzapft und bestrebt wird, dieses laufend auf und auszubauen und es also evolutiv zu erweitern, dies einfach deshalb, weil der Mensch durch das Wahrnehmen des Symbols bewusst seinem klaren Verstand und seiner Vernunft mächtig wird, infolgedessen er die archetypische Information der Formensprache des Symbols aufnimmt und diese evolutiv verwertet, um alles in den Wert des diesbezüglich richtigen Handelns, Wirkens und Verhaltens umzusetzen.

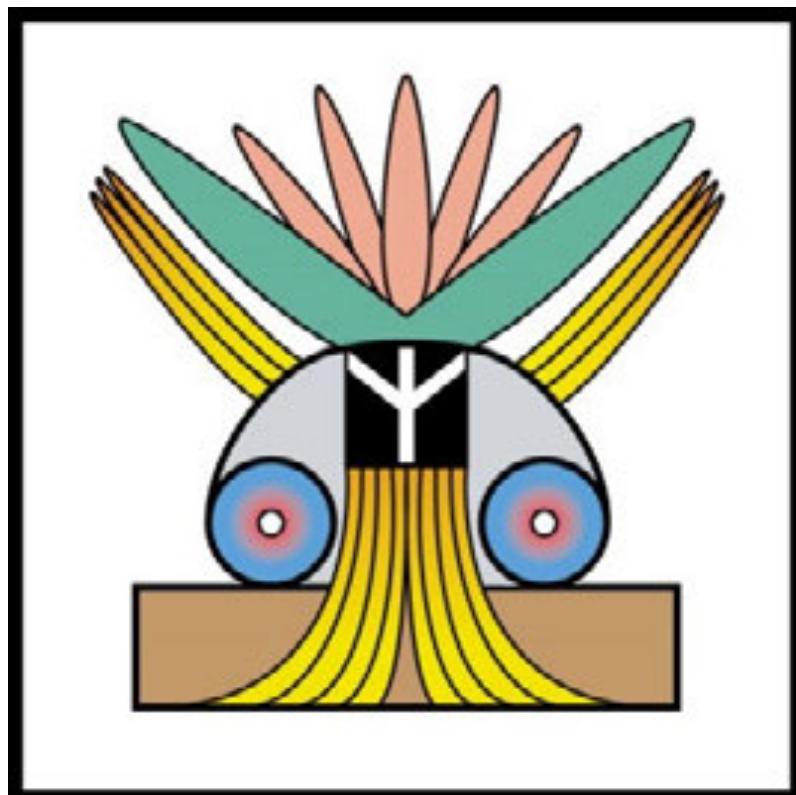
Verbreitet das richtige Friedenssymbol, denn es ist äusserst wichtig.



Das falsche Symbol, die Todesrune, **schafft Unfrieden, Hass und Unheil**

Nutzt euer Auto und klebt das richtige Friedenssymbol darauf und verbreitet es!

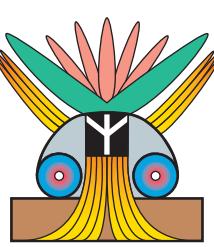
Fertigt das richtige Friedenssymbol zu Fahnen und lasst sie im Wind flattern.



Schöpfungsenergielehr-Symbol (Frieden)

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols

**Es soll FRIEDEN sein auf Erden
And there shall be PEACE on Earth**

AMANI BARIŞ PAQE PACE МИР PAIX PAZ	EIPHNH VREDE 平和 שָׁרֶם শান্তি سلام صلح	
---	---	---

FIGU.ORG

FIGU, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti
Schweiz/Switzerland Tel. +41 (0)52 385 13 10

Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Sünden und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effectiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber**Grössen der Kleber:**

120x120 mm	= CHF	3.-
250x250 mm	= CHF	6.-
300X300 mm	= CHF	12.-

Bestellen gegen Vorauszahlung:**FIGU**

Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM**FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN**

Druck und Verlag: FIGU-Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM <Billy> Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internetz veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3

IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

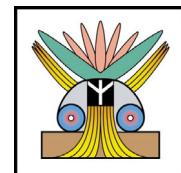
FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>

**© FIGU 2025**

Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders
angegeben, lizenziert unter :
www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

**Für CHF/EURO 10.- in einem Couvert senden
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden,
wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten
Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt
bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.

SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, <Freie Interessengemeinschaft Universell>, Semjase-Silver-Star-Center,
Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz